Erzählwettbewerb: Aus dem Kampf und dem Leben der Partei Seite 13-15 1 H 3752 CX

Proletarier, aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 4, 26. Januar 1979 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SLD 3426

Skandal in Bremen

Polizei mißbraucht Kinder als Spitzel

In Bremen, in dem Arbeiterviertel Hemelingen, werden von der Polizei Kinder zu Hilfspolizisten getrimmt. Elfjährige werden dazu mißbraucht, ihre Schulkameraden, aber auch andere Kinder sowie Erwachsene auf der Straße zu beobachten und bei der Polizei zu denunzieren.

Diese Ungeheuerlichkeit wurde jetzt von einer Lehrerin in Bremen aufgedeckt. Die Lehrerin berichtet, daß an Kinder von der Polizei im Stadtviertel Hemelingen „Polizeiausweise für Angehörige der Kinder-Polizei" ausgegeben werden. Die von der Polizei angeworbenen Kinder werden einmal pro Woche in Verkehrserziehung und im Boxen trainiert. Die Lehrerin mußte feststellen, daß bereits mehrere Schüler ihrer Klasse dieser „Kinderpolizei" angehören. Insgesamt umfaßt die „Kinderpolizeitruppe" inzwischen 20 „Mann". Ein Junge berichtete:

„Wir, d. h. mein Freund und ich, sorgten dafür, daß die anderen Kinder die Verkehrsregeln einhalten. Wenn nicht, gibt es eine Verwarnung. Beim zweiten Mal ertappt, drohen wir mit einer Meldung. Außerdem beobachten wir alles — ob Kinder zum Beispiel klauen. Gestern haben wir einige am Fahrradstand gesehen. Wir haben da sofort unseren Ausweis gezeigt, und da sind sie abgehauen. In der Telefonzelle hat neulich ein älterer Junge einige Seiten aus dem Telefonbuch gerissen. Das haben wir gemeldet."


POLIZEI-AUSWEIS
für
[redacted]
Angehöriger der
Kinder-Polizei
Revier 1
Christernstraße 16
2800 Bremen 44
1. Polizeirevier

Polizeiausweis für Kinderpolizisten

Empört schreibt die Lehrerin in einem Bericht, hier werde „eine Anpassung der Kinder an den Bespitzelungsstaat geschaffen". Im Unterricht zeige sich jetzt schon — so schreibt die Lehrerin —, „daß gerade diese Schüler, die dem Polizeitrupp angehören, besondere Fertigkeiten im Anschwärzen und Disziplinieren ihrer Mitschüler entwickelt haben."

Das skandalöse Treiben im Bremer Arbeiterviertel Hemelingen kann nicht abgetan werden als untypischer Einzelfall, der nur auf den Übereifer einiger besonders dienstbeflissener Polizisten zurückzuführen wäre. Man erinnere sich daran, was im vergangenen Jahr an das Licht der Öffentlichkeit kam: in allen Bundesländern hat der Verfassungsschutz an den Schulen Spitzel unter den Schülern angeworben, die für ihre Auftraggeber „verfassungsfeindliche Bestrebungen" beobachten sollen. Der Fall Hemelingen ist zwar ein krasser, aber dennoch typischer Ausdruck der fortschreitenden Faschisierung in der Bundesrepublik.

Metalltarifrunde

Gesamtmetall auf Provokationskurs

Die Arbeiter und kleinen Angestellten in der metallverarbeitenden Industrie sollen einen sinkenden Lebensstandard hinnehmen und dabei gleichzeitig mit der Faust in der Tasche zuschauen, wie neue Feldzüge zur Vernichtung ihrer Arbeitsplätze gestartet und vorangetrieben werden. So wollen es die Kapitalisten, das ist ihre Stoßrichtung bei den laufenden Tarifverhandlungen in Hessen und Baden-Württemberg.



Metalltarifrunde in Nordwürttemberg/Nordbaden 1978

Eine Mini-Lohnerhöhung von 3 Prozent; Hinauszögerung des dringend nötigen 6-Wochen-Urlaubs für alle bis Ultimo, das heißt bis 1985; Weigerung, endlich die Hungerlohngruppen 1 und 2 fallenzulassen — das nennen sie „Angebot". Um aber dem Faß die Krone aufzusetzen, verbinden sie dies auch noch mit der bodenlos unverschämten Bedingung, als „Gegenleistung" müsse die 40-Stunden-Woche für die nächsten sieben Jahre tarifvertraglich festgeschrieben werden!

Ihr Zynismus ist unübertrefflich — erklären sie doch bei all dem noch in der Presse, sie seien in diesem Jahr „besonders großzügig", weil ihnen der Arbeitsfrieden so sehr am Herzen liege. Auf der anderen Seite besitzen sie die Dreistigkeit, die schon elend mageren Forderungen der IG Metall als „maßlos überzogen", „wirtschaftlich gefährlich" usw. zu verteufeln und über eine „Radikalisierung der Gewerkschaften" zu lamentieren.

Allerdings leisten die IGM-Führer dem provokatorischen Mauern der Kapitalisten in der Tarifrunde kräftig Vorschub. So haben sie die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erst gar nicht gefordert. Ferner haben sie die Koppelung von Manteltarif- und Lohntarifverhandlungen betrieben, was den Kapitalisten natürlich das Ausspielen der Forderungen gegeneinander leicht macht. Und auf die Provokationen der Mafia von Gesamtmetall reagierten die Loderer, Steinkühler und Co. nur mit verbalen Protesten.

Faktisch aber spielen sie das Spiel der Kapitalisten mit. In Hessen arbeiten sie auf eine schnelle Einigung hin. Am Wochenende schien bereits ein Abschluß in der Luft zu liegen, der sich nicht erheblich vom provokatorischen Unternehmerangebot abhob. Es war die Rede von 4 Prozent Lohnerhöhung bei einer Laufzeit von 15 Monaten (so wurde auch in der Stahlindustrie abgeschlossen). Von einer stufenweisen Einführung des 6-Wochen-Urlaubs erst bis 1984 und von einer Festschreibung der 40-Stunden-Woche bis Ende 1983! Besonders letzteres wäre ein gesalzener Verrat an den Interessen der Metaller!

Berufsverbote gehen weiter

Die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche eine Neufassung der „Grundsätze zur Überprüfung der Verfassungstreue" verabschiedet. Diese Grundsätze, die die Anwendung der reaktionären Berufsverbotspraxis im Bereich der Bundesbehörden regeln, werden am 1. April dieses Jahres in Kraft treten. Es gilt als sicher, daß sie auch von den SPD-regierten Ländern übernommen werden.

Die neuen „Grundsätze" enthalten als hauptsächliche Änderung gegenüber der bisherigen Praxis den Verzicht auf die sogenannte Regelanfrage. Das bedeutet, daß nicht mehr jeder Bewerber für den öffentlichen Dienst automatisch vom Verfassungsschutz überprüft wird. Eine solche Überprüfung soll nur noch dann stattfinden, wenn „tatsächliche Anhaltspunkte" für eine sogenannte Verfassungsfeindlichkeit vorliegen. Die Bundesregierung bekräftigte in einer Debatte über die „Grundsätze" im Bundestag, daß sie nach wie vor an den Berufsverboten festhält. Die CDU erklärte, daß in den von ihr regierten Ländern überdies auch künftig die Regelanfrage durchgeführt wird. (Kommentar auf Seite 2).

Warnstreiks auf Militärflughäfen

Rund 500 deutsche Feuerwehrleute auf fünf amerikanischen und britischen Militärflughäfen im Bundesgebiet haben am vergangenen Freitag zur Durchsetzung ihrer Tarifforderungen für zwei Stunden die Arbeit niedergelegt. Betroffen waren der US-Flughafen in Mönchengladbach und die US-Flughäfen in Kaiserslautern, Hanau, Weiden und Neu-Ulm. Die Streiks wurden von der Gewerkschaft ÖTV zur Bekräftigung ihrer Forderungen in den laufenden Verhandlungen organisiert. Die ÖTV fordert, daß die bisher mögliche Verlängerung der Regelarbeitszeit von 173 auf 300 Stunden pro Monat auf maximal 236 Stunden begrenzt wird Für Nachtarbeit sollen 25 Prozent und für Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag durchgesetzt werden.

4.000 gingen gegen NPD-Provokation auf die Straße

Am vergangenen Samstag demonstrierten in Stuttgart rund 4.000 Menschen gegen eine Provokation durch Neonazis der NPD. Die Faschisten wollten einen Fackelmarsch und eine Feier aus Anlaß des Jahrestags der Reichsgründung durch Bismarck durchführen.

Von verschiedenen politischen Organisationen sowie von den Gewerkschaften war das Verbot des Nazi-Aufmarsches gefordert worden. Aber die Behörden und der Stuttgarter Oberbürgermeister Rommel (CDU) erklärten die Faschistenprovokation für zulässig. Sie boten am Samstag ein riesiges Polizeiaufgebot zum Schutz der Faschisten auf.

Die antifaschistische Gegendemonstration war von der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) angemeldet worden. Auch der DGB hatte zu der Demonstration aufgerufen. Zuvor hatte eine Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Stuttgart in diesem Sinne Druck auf die DGB-Bonzen ausgeübt. An der Demonstration beteiligte sich neben anderen politischen Organisationen auch die KPD/ML.

Während des Demonstrationsmarsches riefen die Antifaschisten Parolen wie: „Nazis raus aus Stuttgart!" und: „Eins, zwei, drei vier — den Fackelmarsch verhindern wir!" Im Anschluß an die offizielle Abschlußkundgebung zog ein Teil der Demonstranten zu dem Platz, auf dem die Faschisten ihre provokatorische Kundgebung durchführen wollten. Der Platz wurde von ca. 1.000 Antifaschisten besetzt.

Die ca. 90 Faschisten, die an der NPD-Aktion teilnehmen wollten, mußten sich zurückziehen. Ihr angeündigter Fackelmarsch fand nicht statt. Er scheiterte an der Solidarität und Entschlossenheit der Antifaschisten.

Iran: Massendemonstrationen gehen weiter

Nachdem der Schah den Iran verlassen hat, ist der Kampf der revolutionären Volksmassen noch nicht zu Ende. Am 19. Januar demonstrierten zwei Millionen Menschen durch Teheran; sie drückten ihre Freude über die Flucht des Schahs und ihre Ablehnung der Regierung Bakhtiar aus. Trotz der Appelle der religiösen Führer setzten die Arbeiter auf den iranischen Erdölfeldern ihren Streik fort.

Am 19. Januar zogen in Teheran schon vor Tagesanbruch unübersehbare Menschenmassen durch die Straßen. Die Demonstrationen begannen an neun Stellen der Stadt zugleich und hatten das Schayad-Denkmal zum Ziel. Dort wurde von den Massen per Akklamation eine Resolution angenommen, in der das Ende der Monarchie gefordert und der vom Schah eingesetzte Regentschaftsrat für illegal erklärt wurde.

Die Regierung Bakhtiar, eine Agentur des USA-Imperialismus, stützt sich nur auf die Armee. Die für Freitag angekündigte Rückkehr des Schiitenführers Khomeiny, des Hauptes der religiösen Opposition, in den Iran wird die Lage der Regierung Bakhtiar noch unhaltbarer machen. Die einzige Perspektive, die Bakhtiar den Völkern des Iran geben kann, sind Massaker und Terror. Offen hat Bakhtiar mit einem Militärputsch gedroht für den Fall, daß er zurücktreten müsse. Der im Iran verbliebene Berater des Schahs, Sadeghi, sagte gegenüber ausländischen Journalisten: „Wenn Bakhtiar scheitert, gibt es ein schreckliches Blutvergießen." Er sagte: „Wenn irgend jemand in die Verfassung pfuscht, werden die 700.000 [die Armee] wild. Es könnte zur größten Katastrophe seit dem zweiten Weltkrieg kommen."

Die Reaktion, die mit dem Abgang des Schahs einen empfindlichen Schlag erlitten hat, sucht nun mit Militärterror und Massenmord dem Ansturm der Volksmassen entgegenzustemmen.



Kommentar

Weg mit den Berufsverboten!

Mit den Berufsverboten ist es so eine Sache. Eigentlich gibt es sie ja gar nicht. So will es jedenfalls die offizielle Sprachregelung. Aber alle reden davon. Nicht etwa nur die davon Betroffenen. Nicht nur deren Kollegen in Betrieb, Schule und Amt. Nein, auch die führenden Politiker der Regierungsparteien haben sich in den letzten Monaten immer wieder öffentlich den Kopf über dieses sonderbare Phänomen zerbrochen. Sie nannten es natürlich bei einem anderen Namen. Aber Tatsache ist doch: es war die breite Empörung, die Bewegung gegen die reaktionären Berufsverbote, die den Hamburger Bürgermeister Klose zu seinen „Überlegungen" vom vergangenen Oktober veranlaßten, die seinen Bremer Kollegen Koschnick dazu bewogen haben, ebenfalls laut über die bisherige Praxis der Berufsverbote nachzudenken.

In der letzten Woche hat nun die Bundesregierung in der Folge der Vorstöße von Klose und Koschnick und auf der Grundlage von Gutachten verschiedener Ministerien ihre neuen Grundsätze für die Behandlung der Berufsverbote verabschiedet. Auch jetzt, in der Debatte, die darüber im Bundestag geführt wurde, kam wieder deutlich zum Ausdruck, warum die Berufsverbote für den Bonner Staat zunehmend zum Problem geworden sind. Die bisherige Praxis hätte „Zweifel an der Verfassung aufkommen lassen", erklärte Innenminister Baum. Von der Verunsicherung der Jugend war die Rede, vom Mißtrauen in den Staat und seine Einrichtungen, das dadurch geschürt worden wäre usw.

So entkräfteten die Herren in Bonn selbst ihre Lügen, daß der von ihnen geschaffene Radikalenerlaß dem Willen des Volkes entspräche. Sie gestanden im Gegenteil ein, daß die schrankenlose Schnüffelei im öffentlichen Dienst, das brutale Hinaussäubern von fortschrittlichen Menschen auf breite Empörung gestoßen ist, das Vertrauen in den Staat weiter erschüttert hat. Und ihre neuen Richtlinien sind eben eine Reaktion auf diese Empörung, sie sollen besänftigen, der Bewegung gegen die Berufsverbote die Spitze abbrechen.

Ein Zugeständnis hat die Bundesregierung gemacht. Die sogenannte Regelanfrage soll abgeschafft werden. Es soll also nicht mehr unterschiedslos jeder Bewerber für den öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz überprüft werden, wie es seit 1976 der Fall ist. Aber bedeutet das ein Ende der staatlichen Schnüffelei? Gilt mit Inkrafttreten der neuen Grundsätze im April die im Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes? Nichts von alledem.

Die Bespitzelung wird fortgesetzt, der Verfassungsschutz bleibt weiter eingeschaltet. Die neuen Grundsätze schreiben vor: „Anfragen [beim Verfassungsschutz] haben zu erfolgen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte darauf hindeuten, daß der Bewerber nicht die Voraussetzungen für die Einstellung in den öffentlichen Dienst erfüllt." Eine Formulierung, die in ihrer Schwammigkeit einer uferlosen Schnüffelei weiterhin die Tore öffnet. Wie sollen denn solche „Anhaltspunkte" gefunden werden? Doch nur durch die gezielte Bespitzelung des Bewerbers, seiner Äußerungen, seiner Tätigkeit und Lebensumstände. Die Schnüffelei wird nur verlagert vom routinemäßigen Amtsweg zwischen Einstellungsbehörde und Verfassungsschutz hin zum Arbeitsplatz des Bewerbers und damit noch wirksamer gemacht.

Und weiter: Wie ist es denn um die „Voraussetzungen für die Einstellung in den öffentlichen Dienst" bestellt? In den neuen Grundsätzen findet man kein Wort darüber. Mit keiner Zeile läßt sich die Bundesregierung darüber aus, wen sie nun künftig aus dem öffentlichen Dienst heraussäubern will und wer noch Gnade findet vor ihren Augen. In der Bundestagsdebatte erklärte der Minister Baum, die Bundesregierung werde auch in der Zukunft keine „Extremisten" im öffentlichen Dienst dulden. Und wer ist Extremist? Jeder, der — so wieder Baum — gegen den „Kernbestand unserer Verfassung" ist.

Und das ist natürlich ein weites Feld. Mit einer solchen unbestimmten Faustregel ist den Behörden auf Bundes- oder Länderebene jede Möglichkeit gegeben, einen Bewerber, der ihnen nicht paßt und bei dem sie „Anhaltspunkte" gefunden haben, als Verfassungsfeind abzulehnen.

Die neuen Grundsätze der Bundesregierung erfüllen nicht eine wesentliche Forderung, die im Kampf gegen die Berufsverbote gestellt wurde. Sie setzen unter dem Mantel einer angeblichen Liberalisierung die alte reaktionäre Praxis fort. Der Kampf für die ersatzlose Streichung des Radikalenerlasses steht nach wie vor auf der Tagesordnung: Die Berufsverbote müssen fallen!

D. Schneider

Keine Verbesserung der Lage der Jugend

„Jugendpolitische Debatte" im Bundestag

Die Lage der Jugend in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren im Zuge der kapitalistischen Krise weiter verschlechtert. Arbeitslosigkeit, keine Ausbildungsplätze, miserable Schulsituation und eine fehlende Zukunftsperspektive kennzeichnen die Situation. Was aber tun die Verantwortlichen?

Am letzten Donnerstag führte der Bonner Bundestag seine „jugendpolitische Debatte". Die Herren gebrauchten dabei starke Worte. Sie warfen dem jeweiligen politischen Gegner „Realitätsferne" und „Schwarzmalerei" vor, sie beschworen die „Grundwerte des Grundgesetzes" und die „konstruktive Zusammenarbeit"; und während die Opposition „entschieden Kurskorrekturen" forderte, klopfte sich die Regierung „nachdrücklich" selber auf die Schulter. Noch nie, sagte der Bildungsminister Schmude, habe ein so großer Teil der Jugendlichen weiterführende Bildungs- und Ausbildungsgänge genutzt wie heute. Siehe da! Die Bildungsmisere, die fehlenden Ausbildungsplätze sind also ein Hirngespinst?

Darüber, wie die Lage der Jugendlichen konkret zu bessern sei, redeten die Herren nicht.

Der Charakter der Bonner Jugendpolitik zeigte sich nirgends deutlicher als in dem vierten Jugendbericht selbst, der Gegenstand der Debatte war. Dieser Bericht war im Mai 1972 einer Sachverständigenkommission in Auftrag gegeben worden. Nach über vierjährigen Untersuchungen — im November 1976 nämlich — war der Bericht fertig. Die Abgeordneten jedoch sahen sich nicht in der Lage, über den Bericht zu diskutieren, da er ihnen mit 1.500 Seiten zu lang war. Nun dokterten die Jugendexperten erneut an ihrem Bericht herum. Nach abermals über zwei Jahren legten sie den gekürzten Bericht vor. Diesmal jedoch waren es zwei Fassungen. Die Experten hatten sich auf eine nicht einigen können.

Mittlerweile aber besaß der Bericht — wie selbst die Regierung zugeben mußte — einen Schönheitsfehler: er war nicht mehr aktuell. Trotzdem lief alles seinen gewohnten Gang. Nachdem die Abgeordneten den Bericht genug zerredet hatten, überwiesen sie ihn zur weiteren Bearbeitung an die zuständigen Parlamentsausschüsse. Der Bundestag hatte in Sachen Jugend seine Schuldigkeit getan. Er konnte ins Wochenende gehen.

Von den Bonner Herren kann die Jugend eine Verbesserung ihrer Lage nicht erwarten. Sie muß sich auf ihre eigene Kraft stützen. Oder, wie es im Jugendkampfprogramm der Roten Garde heißt: „Alle Forderungen der Jugend, jede Mark mehr Lohn, jede Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, jeder Zentimeter Freiheit muß den Kapitalisten und ihrem Staat im unversöhnlichen, kompromißlosen, revolutionären Kampf Klasse gegen Klasse abgetrotzt werden."

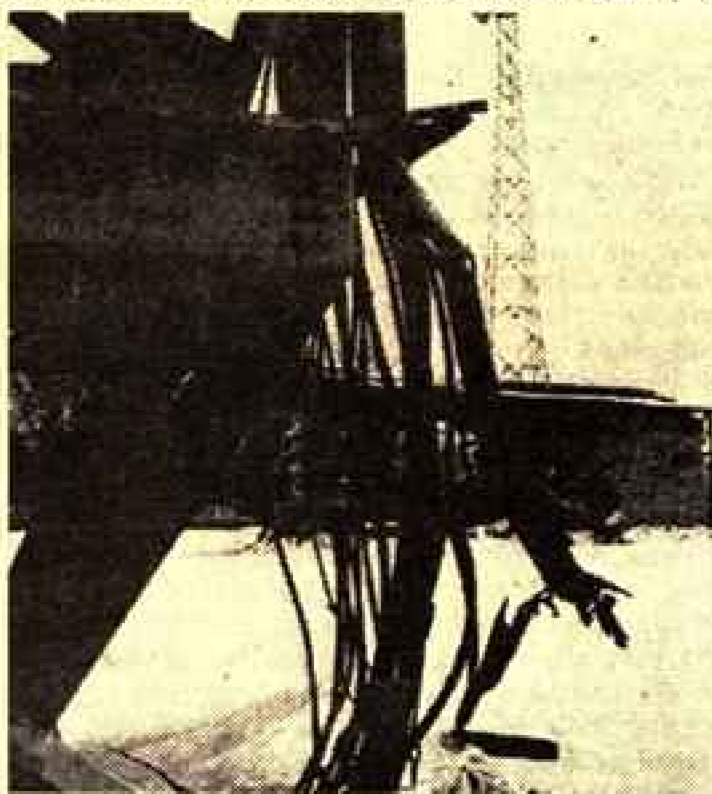
Sprengstoffanschläge durch Neonazis

Am Donnerstagabend im Raum Koblenz brach der Fernsehfilm „Endlösung", der als einleitender Beitrag für die amerikanische Fernsehserie „Holocaust" gesendet wurde und den Massenmord an den Juden durch den Nazi-Staat zum Thema hat, plötzlich ab. Für eine Stunde herrschte Funkstille. Eine 10 Kilo schwere Sprengladung hatte den 250 Meter hohen Sendemast beschädigt und zahlreiche Kabel zerrissen.

20 Minuten nach dieser Explosion detonierte auch in Nottuln im Münsterland eine Bombe. Sie sollte ebenfalls die Fernsehsendung „Endlösung" stoppen, verfehlte allerdings das Ziel. Stattdessen wurde ein zu einem Fernmeldeturm der Bundespost gehörendes Gebäude beschädigt.

Kein Zweifel: Nazi-faschistische Banditen haben diese Terroranschläge begangen, um die Ausstrahlung des Filmes zu verhindern. Ein Sprecher des Westdeutschen Rundfunks gab inzwischen bekannt, daß bereits seit Bekanntgabe der „Holocaust"-Sendetermine von „rechtsradikaler Seite" mehrfach anonyme Drohungen bei mehreren Sendeanstalten eingegangen seien.

War die Polizei „nicht fähig", die Nazi-Terroristen rechtzeitig aufzuspüren bzw. sie am Tatort zu stellen? Oder besteht kein echtes Interesse seitens der Bonner Staatsmacht, solchen Banditen das Handwerk zu legen? Bis zur Stunde heißt es, von den Tätern fehle bislang jede Spur!



Am Sockel des 280 Meter hohen Sendeturms bei Koblenz explodierte eine etwa 10 Kilogramm schwere Sprengladung. Zahlreiche Kabel wurden beschädigt.

Regelmäßig werden die Nazi-Banden in den Verfassungsschutzberichten der Innenminister als bedeutungslos und harmlos verniedlicht. Der NPD wird bescheinigt, keine verfassungsfeindliche Partei zu sein. Staatsanwälte weigern sich, neonazistische Schläger, die Antifaschisten auflauern und krankenhausreif schlagen, vor Gericht zu bringen. Bewaffnete Kampftrupps der Neofaschisten wie zum Beispiel die Hoffmann-Truppe, können legal ihr Unwesen treiben. Längst ist bekannt, daß faschistische Gruppen sich systematisch mit Waffen und Sprengstoff eindecken. Der Bonner Staat tut über einige mehr symbolische Schritte hinaus nichts dagegen. Stattdessen werden Antifaschisten, die für das Verbot der neonazistischen Organisationen demonstrieren, mit Berufsverboten, Strafverfahren usw. verfolgt und eingeschüchtert.

Veba und BP drohen:

Bei Fusionsverbot werden 1.500 entlassen

Die Schließung ihrer Raffinerien in Hamburg und in Gelsenkirchen-Horst haben die Monopolherren der BP und der Veba angedroht, falls die Bonner Regierung nicht den Zusammenschluß der beiden Energiekonzerne genehmigt.

Als „größter Geheimcoup der Nachkriegszeit" wurde der Vertrag zwischen der Veba AG und der Deutschen BP AG bezeichnet, mit dem die beiden Energiekonzerne am 12. Juni nach längeren Verhandlungen an die Öffentlichkeit getreten waren. Die Vereinbarung sieht vor, daß die Veba ihre 96prozentige Beteiligung an der Gelsenberg AG an die deutsche Niederlassung des britischen Öl-Multis BP abgibt.

Das Bundeskartellamt und die Monopolkommission der EG hatten sich geweigert, grünes Licht für die Fusion zu geben. Die Fusion würde natürlich die Monopolstellung der beiden Energiekonzerne erheblich verstärken. Unter anderem würde der Öl-Multi BP die Essener Ruhrgas AG unter seine Fittiche bekommen, was ihm eine beherrschende Stellung auf den Kohle- und Gasmärkten der Bundesrepublik sichern würde. Die Macht einiger weniger multinationaler Energiekonzerne würde weiter anwachsen. Noch weniger als bisher würden sie durch Konkurrenzhemmnisse daran gehindert, die Energiepreise festzusetzen bzw. hochzutreiben wie es ihnen paßt.

Nach dem Nein des Bundeskartellamtes liegt die Entscheidung über die Genehmigung der Transaktion jetzt beim Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff. Skrupellos haben die Bosse der beiden Energieriesen die Entlassung von 1.500 Beschäftigten im Ruhrgebiet angedroht, falls Bonn die Fusion nicht genehmigt. Damit soll dem Wirtschaftsministerium ein sozialer Vorwand für die Genehmigung geliefert werden. Komme die Fusion zustande — so die BP- und Veba-Bosse — würden hingegen 25.000 Arbeitsplätze langfristig gesichert.

Natürlich sind derartige Versprechungen völlig wertlos. Die Erfahrungen zeigen vielmehr, daß Konzernfusion stets mit scharfen Rationalisierungsmaßnahmen und der Vernichtung von Arbeitsplätzen einhergehen. Eins aber steht fest: In ihrer Gier nach Maximalprofiten spielen die Monopolherren ihre Macht mit hemmungsloser Brutalität aus — die Macht, über die sie verfügen, weil sich die Produktionsmittel der Gesellschaft in ihrem Besitz befinden.

Weniger Bauernhöfe

Ein deutlicher Ausdruck für die zunehmende Ruinierung der kleinen Bauern sind die Angaben, die jetzt vom Bundesernährungsministerium veröffentlicht wurden. Danach ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr um 15.000 auf 843.600 zurückgegangen.

Demonstration der KPD/ML verboten

Die für den vergangenen Samstag angemeldete Demonstration der KPD/ML gegen das faschistische Schah-Regime wurde vom Ordnungsamt Frankfurt verboten. Die Demonstration sollte sich vor allem auch gegen die Abschiebung iranischer Genossen und gegen die in Frankfurt verhängten Demonstrationsverbote richten.

Ein Einspruch beim Verwaltungsgericht wurde abgewiesen. Als Begründung wurde angeführt, daß auch Ausländer an der Demonstration teilnehmen würden. Die KPD/ML hätte sich nicht von den militanten Anti-Schah-Demonstrationen am 25. November in Frankfurt distanziert.

KPD/ML beteiligt sich in Westberlin an Wahl

Die KPD/ML, Sektion Westberlin, beteiligt sich an den Wahlen zum Westberliner Abgeordnetenhaus am 18. März 1979. Im Wahlkreis 3 in Wedding ist die Genossin Ilse Schaake als Direktkandidatin nominiert. In der Sitzung des Landeswahlausschusses am 11. Januar hatte der Vertreter der revisionistischen SEW gegen die Anerkennung der KPD/ML gestimmt.

„Nie wieder Faschismus!"

Unter dieser Parole führt die Antifaschistische Front Westberlin eine Veranstaltung und eine Demonstration durch.

Veranstaltung: Sonntag, 28. 1. 1979, 18 Uhr, Quartier Latin, Potsdamer Str. 96. Es treten unter anderem auf: „Roter Pfeffer", „Rotkehlchen", „Fliegende Blätter", „Trotz alledem" und eine türkische Gruppe.

Demonstration: Dienstag, 30. 1. 1979, 17 Uhr, Kottbusser Tor.

Zitat der Woche

„Nach 37jähriger Herrschaft verließ Schah Reza Pahlevi (59) gestern mit Kaiserin Farah das Land. Es war ein erschütternder Abschied. Die Kaiserin im braunen Kostüm weinte so sehr, daß sie mehrmals ihr Make-up erneuern mußte. ‚Gott schütze Persien', sagte sie. Der Monarch hatte außer seinen zwölf Rennpferden ein Säckchen Heimaterde bei sich. ‚Ich bin müde', sagte er mit tränenerstickter Stimme." („Bild" am 17. Januar 1979).

„Die Leute sagen, wir seien reich, wir seien Verbrecher. Das ist falsch. Wenn ich die wunderschönen Kleider anzog, die herrlichen Juwelen anlegte, dann nur, weil ich hoffte, die Menschen würden stolz auf Persien sein, wenn sie ihre Kaiserin so sahen. Ich selbst fühle mich in Jeans am wohlsten." (Farah Diba in „Bild" am 19. Januar 1979).

Aus dem Inhalt

Manteltarifverhandlungen in der Chemieindustrie 4
IG-Chemie-Führer haben Sorgen 4
RGO stellt Forderungen zur Diskussion 4
Bonn als Geburtshelfer eines Riesen-Rüstungskonzerns .. 5
Der Tabu-Katalog und das „soziale Klima" 5
Herr Mies hält IGM-Bonzen die Treue 5
Grußadressen zum IV. Parteitag der KPD/ML 6
Streikwelle in Britannien ... 10
Kommunistische Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten gegründet 11
Holocaust — Propaganda für den Zionismus 12

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund, Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements



Smogalarm im Ruhrgebiet

Am Mittwoch, den 17. Januar, gab die nordrhein-westfälische Landesregierung für das westliche Ruhrgebiet Smogalarm. In Bottrop, Duisburg, Essen, Krefeld, Mülheim, Oberhausen und einem Teil des Landkreises Wesel waren die Grenzwerte von 0,8 Milligramm Schwefeldioxyd in einem Kubikmeter Luft überschritten worden.

In halbstündigem Abstand wurden über den Rundfunk Warnungen in verschiedenen Sprachen durchgegeben. In den Krankenhäusern sollten aufschiebbare Operationen nicht durchgeführt werden. Menschen, die an Erkrankungen der Herzgefäße, des Kreislaufs und der Atemwege leiden, sollten sich nicht unnötig lange im Freien aufhalten. Die Benutzung von Kraftfahrzeugen sollte so weit wie möglich eingeschränkt werden. An die Fabriken wurde die untertänigste Bitte gerichtet, die Luft so wenig wie möglich zu verunreinigen.

Als Grund für die Smogkatastrophe wurde die besondere Wetterlage angegeben. Über der bodennahen Kaltluft lag Warmluft und verhinderte den Austausch der Luftschichten untereinander; da Windstille herrschte, wurden die giftigen Gase nicht abgetrieben. Solch eine Wetterlage herrschte jedoch auch in anderen Teilen Deutschlands, ohne Smog hervorzurufen.

Der Smog wurde hauptsächlich von den im Ruhrgebiet besonders konzentrierten Industriebetrieben verursacht. Verantwortlich für sein Entstehen sind die Kapitalisten, die in ihrem Streben, möglichst billig und profitbringend zu produzieren, skrupellos die Umwelt verseuchen. Sie gefährden damit die Gesundheit und das Leben der Werktätigen, bei Smog besonders der kranken und älteren Menschen und der Kinder. Als zum Beispiel 1962 im Ruhrgebiet die Schwefeldioxydwerte über 5 Milligramm pro Kubikmeter Luft erreichten, stieg — wie nachgewiesen wurde — die Sterblichkeitsrate erheblich an. Welche Schäden an Leben und Gesundheit die Smogkatastrophe in der letzten Woche angerichtet hat, ist nicht bekannt.

Zynisch ist es da, wenn angesichts solcher Zustände den Werktätigen selbst die Schuld an der Vergiftung der Luft zugeschoben wird. So schrieb zum Beispiel die „Süddeutsche Zeitung": „Unvergleichlich viel wirksamer als aller Druck auf die vielgescholtene Industrie aber wäre im Kampf gegen die Luftverschmutzung eine Modernisierung unseres Verhaltens. Etwa die Hälfte des Giftgases im jüngsten Ruhrsmog entströmte privaten Heizungskaminen oder Automotoren. Vernunft und Gemeinsinn mündiger Bürger erfordern bei Smogalarm, daß Heizungsthermostate niedriger eingestellt und Motoren abgeschaltet werden. Davon war man allerdings dieses Mal zwischen Krefeld und Essen noch weit entfernt."

In Zukunft sollen die Werktätigen bei Smog wohl in ihren Wohnungen frieren und — angesichts der miserablen öffentlichen Verkehrsmittel — an den Arbeitsplätzen übernachten, damit die Kapitalisten zu ihrer ungestörten Bereicherung weiter die Luft vergiften können!

Proteste gegen Tiefflieger

In einer Höhe von oft nur 75 Metern donnern die Düsenjäger der NATO-Truppen über Dörfer und Städte hin. Sie reißen die Menschen aus dem Schlaf; sie terrorisieren sie bei ihrer Arbeit und nach Feierabend; sie bedrohen ihre Gesundheit und ihr Leben. In Rain am Lech wurden im letzten Jahr durch tieffliegende Düsenjäger Häuser schwer beschädigt; im Kreis Reutlingen beschoß ein Starfighter das Dorf Seeberg mit scharfer Munition. — Doch der Widerstand der Bevölkerung gegen die Tiefflieger wächst.

Im Gebiet von Berching (Fränkische Alb) haben über 36.000 betroffene Bürger eine Resolution des „Vereins Naturpark Altmühl" unterschrieben. In der Resolution wird gefordert, die militärischen Großmanöver und Tiefflüge im Altmühltal einzuschränken. Die Belästigung durch das Militär, heißt es, habe in den letzten Jahren „unerträgliche Ausmaße" angenommen"; sie gefährde alle Anstrenungen, das wirtschaftlich schwache Gebiet zu einem Fremdenverkehrs- und Naherholungsgebiet auszubauen.

sten auf das Erholungsbedürfnis der Werktätigen natürlich keine Rücksicht.

Daß die Bundesregierung letzlich nicht gewillt ist, den Tieffllugterror einzuschränken, geht schon aus den Erklärungen des Verteidigungsministeriums hervor. Tieffluggebiete, heißt es da, seien aus ausbildungstechnischen Gründen unverzichtbar. Eine rein kosmetische Verbesserung ist es da, wenn sogenannte Kontrolltrupps, bestehend aus Bundeswehrsoldaten, auf den Dächern der Häuser postiert werden, um zu tief fliegende Düsenjäger zu fotografieren. Als ob die Tiefflüge auf die Bosheit der einzelnen Piloten und nicht auf die Befehle der NATO-Führungsstäbe zurückzuführen seien.!



Ländliche Gebiete wie das südliche Bayern sind vom Manöver- und Tiefflugterror besonders betroffen. Im Herbst letzten Jahres erst hatten im Donau-Ries-Gebiet empörte Bürger eine Unterschriftenaktion durchgeführt. Die Düsenjäger verschonen auch nicht Kur- und Ferienorte wie Abbach, Aibling, Heilbrunn, Tölz, Grünenbach, Ottobeuren und Wörishofen. In ihren Kriegsvorbereitungen nehmen die Imperiali-

Die Geduld der Bevölkerung indes ist nicht unbegrenzt. Die militanten Kämpfe in Nordhorn 1973 gegen den Militärflugplatz haben gezeigt, daß die Werktätigen sich auch noch mit anderen Mitteln als nur mit Unterschriften gegen den Tiefflugterror zu wehren verstehen.

„Ärzteschwemme" — eine verlogene Propaganda

Am 16. 1. erschien die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" mit dem Leitartikel: „SPD warnt vor Ärzteschwemme." Nachdem schon in fast jeder Nummer des „Deutschen Ärzteblatts" vor der angeblichen Ärzteschwemme gewarnt wird, haben sich jetzt weitere Mahner gefunden, die ins gleiche Horn blasen: die „Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen" (AGS).

Nur die Patienten, die täglich mehrere Stunden Wartezeit in den Praxen in Kauf nehmen müssen, um dann drei Minuten im Sprechzimmer „behandelt" zu werden, haben von der Ärzteschwemme noch nichts gemerkt.

Wovor die Funktionäre der Ärztekammer sich fürchten, ist klar, sie sagen es ja auch unumwunden selber: „Hält, wohin alle Prognosen deuten, der Zustrom in die freie Praxis in diesem oder noch steigendem Umfang an, bedarf es keiner Prophetie, um **eine weitere Abflachung des Realeinkommens je Kassenarzt** vorauszusagen" (Rheinisches Ärzteblatt, 1/79, Seite 10).

Sie haben gerade Grund zum Klagen, betrug doch das Durchschnittseinkommen der Ärzte nach Abzug aller Praxiskosten 1975 bescheidende 170.000 Mark.

Die in der WAZ von der AGS angegebene Arztdichte von 1:491 wird von der Ärztekammer sogar noch unterboten; demnach sollen auf einen Arzt 471 Einwohner kommen.

Mit diesen Zahlen wird die Öffentlichkeit gehörig hinters Licht geführt. Es wird nämlich von allen Ärzten ausgegangen, egal, wo sie arbeiten. Nimmt man aber die Zahl der praktischen Ärzte in der BRD, also der sogenannten Hausärzte, dann ergibt sich folgendes Bild: 1 praktischer Arzt auf 2.380 Einwohner. Wenn man bedenkt, daß dies ein Durchschnittswert ist, kann man sich einigermaßen ausmalen, wie es in ärztlich total unterversorgten Gebieten, auf dem Land und in den Arbeitervierteln aussieht.

Hier nur einige Beispiele aus dem Ruhrgebiet und aus Schleswig-Holstein, die ich zufällig im Ärzteblatt las. (Angegeben ist immer das Verhältnis praktischer Arzt und/oder Arzt für Allgemeinmedizin zu Einwohnerzahl):

Dortmund-Löttringhausen (kein Arzt)	0:2.200
Dortmund-Nette	1:7.500
Dortmund-Wickede	1:6.000
Dortmund-Huckarde	1:2.430
Gelsenkirchen-Buer-Beckhausen	1:6.100
Gelsenkirchen-Buer-Erle	1:4.428
Bochum-Riemke	1:2.400
Bochum-Weitmar-Nord	1:3.500
Schleswig-Holstein (hier handelt es sich zum Teil um Einzugsgebietszahlen):	
Friedrichskoog	1:3.500
Lauenburg	1:3.375
Neumünster-Gadeland	0:4.000
Rellingen	1:4.500
Quickborn	1:5.000
Hohenwestedt	1:3.300
Kaltenkirchen	1:3.400

So brachte auch die WAZ, die jetzt den eindringlichen Mahnappell der SPD abdruckte, noch am 31. 10. 78 folgende Zahlen.

Demnach fehlen in:
Recklinghausen: 22 praktische Ärzte;
Gelsenkirchen: 31 praktische Ärzte, 4 Internisten, 2 Kinderärzte;
Gladbeck: 15 praktische Ärzte, 2 Internisten, 1 Kinderarzt, 1 Orthopäde;
Dortmund: 80 (!) praktische Ärzte.

Das Krupp-Arbeiterviertel in Duisburg-Rheinhausen wurde von der Kassenärztlichen Vereinigung sogar zum „Notstandsgebiet" erklärt, da es dort seit einiger Zeit keinen einzigen Augenarzt mehr gibt. Die Zahlen der WAZ sind übrigens „Richtwerte des Bundesausschusses der Krankenkassen und Ärzte" und damit bestimmt untertrieben.

In jedem Ärzteblatt sind Dutzende kassenärztliche Stellen ausgeschrieben, die „vordringlich zu besetzen sind". Demungeachtet kennen die Experten der Ärztekammer angeblich nur „einige wenige Engpässe in der ärztlichen Versorgung", und zwar: „ . . . gibt es heute nur noch [!] Engpässe bei Ärzten im öffentlichen Dienst [womit sie die Gesundheitsämter meinen] und bei Sanitätsoffizieren der Bundeswehr" (Deutsches Ärzteblatt vom 1. 6. 78).

Es stimmt — eine ganze Menge von angehenden oder Ärzten mit Examen werden keine Stelle mehr im Krankenhaus bekommen. Weil nämlich mit der Schließung von Abteilungen bzw. ganzen Krankenhäusern und dem weiteren Bettenabbau eine ganze Menge Planstellen (auch für das übrige Pflegepersonal) abgebaut werden.

Hier kennt die Ärztekammer schon die konkreten Zahlen: Und zwar sollen die jetzt 66.000 Krankenhausärzte auf 55.000 reduziert werden. Es wird also für „mindestens die Hälfte aller Studienabgänger" (Ärztekammer) nicht mehr die Möglichkeit der Fortbildung im Krankenhaus bestehen. Sie werden dann nach dem Examen sofort in die Praxis gehen; was natürlich nicht zu einer Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung führen wird.

Allerdings in einem Punkt scheint es eine „Ärzteschwemme" wirklich zu geben. Von 1960 bis 1978 ist die Zahl der **leitenden** Krankenhausärzte um 92,8 Prozent gestiegen, die Zahl der frei praktizierenden im gleichen Zeitraum nur um 23,9 Prozent bei Zunahme der Bevölkerungszahl in der gleichen Zeit um 11,1 Prozent. Auch im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Ärzte, die zwar ihr Examen in der Tasche haben, aber ihren Beruf überhaupt nicht ausüben, enorm erhöht, nämlich um 196,9 Prozent; die aber werden bei der anströmenden Arztschwemme alle mitgezählt; berücksichtigt wird auch in keiner Weise, daß durch verschärfte Bestimmungen im Studium und in Prüfungen, sowie Regelstudienzeit eine große Zahl von Studienanfängern das Studium überhaupt nicht beenden bzw. nicht beenden können.

Die „Dämpfung der sogenannten Kostenexplosion im Gesundheitswesen" hat also mittlerweile alle Bereiche erfaßt. Das Sprichwort: „Bist du arm, mußt du früher stereben" wird also in noch viel größerem Umfang als bisher zur traurigen Wahrheit in diesem sogenannten Wohlfahrtsstaat werden.

„Reforger 79"



Im Rahmen des Wintermanövers „Reforger 79" landen US-amerikanische Truppen in Westdeutschland. Sie werden mit ihren Militärfahrzeugen den Verkehr auf den winterlichen Straßen in Hessen, Nordbayern und Nordwürttemberg erheblich behindern. Die Behörden erklären offen, daß sie Unfälle mit zahlreichen Toten und Verletzten befürchten. Per Fernsehen wurde die Bevölkerung auf den Manöverterror eingestimmt. Zynisch hieß es in der Sendung „Der 7. Sinn": Wenn Panzer in Sicht kommen, ist es am besten, die Straße zu verlassen!

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Manteltarifverhandlungen in der Chemieindustrie

Erst in 3 Jahren zur 40-Stunden-Woche?

RGO enthüllt provokatorischen „Vorschlag" der Chemiebosse

In Köln brachte die RGO vor kurzem in einem Flugblatt den unverfrorenen „Vorschlag" des Arbeitsrings Chemie (Zusammenschluß der Chemiekapitalisten) zu einem neuen Manteltarifvertrag ans Licht der Öffentlichkeit.

Diese „Gesamtkonzeption zur Neugestaltung des Manteltarifvertrages" stellt eine einzige Verhöhnung der Chemiewerker dar. Der Arbeitsring hatte sie der kleinen Verhandlungskommission der IG Chemie am 11. Dezember vergangenen Jahres bei einer inoffiziellen Vorverhandlung in Wiesbaden zur Manteltarifrunde unterbreitet. Der Hauptvorstand der IG Chemie hat dieses Unternehmerkonzept lediglich innerhalb des Gewerkschaftsapparats, und hier nur bis auf die Ebene der Bezirksleitungen und Verwaltungsstellen, bekannt gemacht. Dabei hat er ausdrücklich die Anweisung gegeben, das Konzept geheimzuhalten.

Begründung für diese Geheimhaltung: Man habe mit dem Arbeitsring vereinbart, „daß der derzeitige Stand der Verhandlungen — einschließlich der Gegenkonzeption des Arbeitsringes — vorläufig **nicht** veröffentlicht wird". Das heißt also, die IG-Chemie-Bonzen verhandeln mit den Chemiebaronen hinter dem Rücken der Gewerkschaftsmitglieder! Sie wollen die Kollegen überfahren, wollen verhindern, daß eine kämpferische Tarifbewegung unter den Chemiewerkern entsteht.

Im folgenden die wichtigsten Punkte aus dem „Vorschlag" der Chemiebarone:

• In der Chemieindustrie wird — ähnlich wie in der Stahlindustrie — teilweise die vollkontinuierliche Arbeitsweise praktiziert. In den entsprechenden Bereichen der chemischen Industrie besteht bis heute die 42-Stunden-Woche. Die IG-Chemie-Führung hat für die Manteltarifverhandlungen keine Arbeitszeitverkürzung für alle, sondern nur die Einführung der 40-Stunden-Woche für Kontischichtler gefordert. Die 35-Stunden-Woche fordert die IG-Chemie-Führung nicht.

Das „Angebot" der Chemiebarone sieht nun vor, die 40-Stunden-Woche für Kontischichtarbeiter erst ab 1. April 1982, also in drei Jahren, einzuführen (der neue Manteltarifvertrag soll ab 1. April dieses Jahres in Kraft treten). Davor gelagert sein soll als Zwischenstufe die 41-Stunden-Woche, dies jedoch erst ab 1. April des nächsten Jahres. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages soll sechs Jahre betragen. Das heißt: **Bis zum 1. April 1985 soll jede Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit für alle Chemiewerker bzw. nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich völlig auf Eis gelegt werden!**

• In Bezug auf den Tarifurlaub machen die Unternehmer folgendes läppische Angebot: Ab diesem Jahr erhalten lediglich die Chemiewerker ab dem 50. Lebensjahr und mit einer Betriebszugehörigkeit von mindestens 10 Jahren einen Tag mehr Urlaub, womit sie auf 28 Tage kommen. Erst ab dem übernächsten Jahr, ab 1981 also, sollen alle Kollegen einen weiteren Urlaubstag zusätzlich erhalten. Damit würde sich dann die Urlaubsstaffelung für die verschiedenen Chemiewerkergruppen von 23 bis maximal 29 Tage erstrecken. Zwei Jahre später, also ab 1983, soll es dann einen weiteren zusätzlichen Urlaubstag für die Kollegen bis zum 34. Lebensjahr geben. Ab 1984 schließlich soll für alle Kollegen noch ein zusätzlicher Tag Urlaub dazukommen, so daß eine Urlaubsstaffelung von 25 bis maximal 30 Tage erreicht wäre. 30 Tage würde es dann also erst ab 1984 und nur für Kollegen ab dem 50. **Lebensjahr und mit mindestens zehnjähriger Betriebszugehörigkeit geben, also für eine ganz kleine Gruppe von Chemiewerkern.**

• **Eine bodenlose Unverschämtheit ist es, daß die Chemiebarone die drei Tage Zusatzurlaub ersatzlos gestrichen sehen wollen, auf die bislang jene Kollegen Anspruch haben, die an gesundheitsschädlichen Arbeitsplätzen beschäftigt werden.** Dabei birgt ja bekanntlich gerade die chemische Industrie teilweise regelrechte Gifthöllen. Ungezählte Arbeiter wurden gesundheitlich zerrüttet bzw. starben auf qualvolle Weise durch Giftstoffe, mit denen sie arbeiten mußten. Wir erinnern hier nur an die schreckliche sogenannte PVC-Krankheit.

• Nackter Hohn ist das, was die Kapitalisten als Erhöhung des Urlaubsgeldes anbieten: Es soll ab 1980 von gegenwärtig 23 Mark pro Urlaubstag auf 26 Mark erhöht werden, ab 1982 auf 28 Mark und ab 1984 auf 30 Mark.

• **Eine Verdienstabsicherung bei Umsetzungen wollen die Chemiekapitalisten auch weiterhin verweigern.** Lediglich die Kollegen ab 50 Jahre und mit einer Betriebszugehörigkeit von mindestens 10 Jahren haben bislang Anspruch darauf, daß ihnen bei Umsetzung auf einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz ganze sechs Monate lang der alte Lohn weiterbezahlt wird (allerdings ohne Berücksichtigung tariflicher Zulagen, die sie auf dem alten Arbeitsplatz hatten, zum Beispiel Schichtzulagen, Feiertagszuschläge, Überstundenzuschlag usw.). Alles was die Chemiebarone hier anbieten, ist, daß dieser Weiterzahlungsanspruch für die genannte Gruppe von Chemiewerkern künftig statt 6 Monate 8 Monate lang besteht.



Demonstration der BASF-Arbeiter während der Tarifrunde im Mai 1977

• **Die Arbeitszeitverkürzung für Kontischichtler soll nach dem Konzept der Chemiekapitalisten ohne jeden Lohnausgleich sein.** Die zynische Begründung: bei der 41- bzw. 40-Stunden-Woche handele es sich ohnedies um Höchstgrenzen für die regelmäßige Arbeitszeit.

• Eine besondere Klausel soll die Kontischichtler dazu zwingen, immer dann, wenn die Bosse es verlangen, Mehrarbeit „im Rahmen der bisherigen Arbeitszeitgrenzen" zu leisten. Damit wären die Chemiebosse dagegen abgesichert, durch die Arbeitszeitverkürzung eventuell bei der Vernichtung von Arbeitsplätzen behindert bzw. zu Neueinstellungen gezwungen zu sein.



35 Stunden sind genug!

40 Wochenstunden
den Abstich laufen sehn
bei 'ner Höllenhitze
Gräben auf der Bühne ziehn

40 Wochenstunden
Gestank von Naftalin
in der Kokerei
Schwefel in die Lungen ziehn.

Diese 40 Stunden
zwingt der Boß uns auf,
er sieht nur den Profit,
du hältst es nicht mehr länger aus.

35 Stunden sind genug,
35 Stunden, das ist unser Ziel.
Richtung 35 — alles andre ist Betrug —
35 Stunden.

40 Wochenstunden
getaucht in Sinterstaub,
von der Mischmaschine
sind dir schon die Ohren taub.

40 Wochenstunden
Wechselschichtbetrieb.
Angst vor Lungenkrebs
und den Meister im Genick.

Diese 40 Stunden
zwingt der Boß uns auf.
Wenn wir dagegen kämpfen,
dann sperrt der Lump uns auch noch aus.

Stahlarbeiter nehm's mit jedem auf.
Stahlarbeiter zeigen jetzt dem Boss die Faust.
Stahlarbeiter nehmen auch den längsten Streik in
für 35 Stunden. Kauf

35 Stunden sind genug,
35 Stunden, das ist unser Ziel.
Richtung 35 — alles andre ist Betrug —
35 Stunden!

(Elbspeelers, Dezember '78)

IG-Chemie-Führer haben Sorgen

Die Bonzen der IG Chemie-Papier-Keramik möchten mit den Vertretern der Chemiekonzerne ungestört in trauter Runde bleiben. Wo kämen sie auch hin, wenn die Kollegen an der Basis, wenn Vertrauensleute und fortschrittliche Betriebsräte ihnen ständig ins Handwerk pfuschen würden? Man hat ja in der Stahlindustrie gesehen, wohin das führt: Wochenlang waren Loderer und Herb sich zwar mit den Stahlbaronen einig, konnten aber dennoch nicht abschließen, weil die Stahlkocher ihnen die Hölle heiß machten.

Das Problem ist das: Hauenschilt und Konsorten verbindet mit den Chemiebaronen ein hohes Verantwortungsbewußtsein in bezug auf die Interessen „des Ganzen". Ihr Gewissen bindet sie an die Erfordernisse der „wirtschaftlichen Vernunft". Dieses Gewissen jedoch ist an der gewerkschaftlichen Basis völlig unterentwickelt. Da gibt es sogar Kräfte, leider auch unter den unteren Gewerkschaftsfunktionären, die gehen ganz bewußt brutal über wirtschaftliche Erfordernisse hinweg. Rücksichtslos und einseitig gehen sie nur von den Interessen der Arbeiternehmer aus.

Verantwortungsbewußt, wie sie sind, hatten die IG-Chemie-Führer mit ihrem Sozialpartner abgesprochen, daß vorerst über den Verhandlungsstand der Manteltarifforderungen nichts bekannt gegeben wird. Was aber ist passiert? Da muß es doch eine undichte Stelle im Apparat gegeben haben, so daß das Unternehmerkonzept zum neuen Manteltarifvertrag in falsche Hände gelangt ist. Und zwar ausgerechnet in die jener gefährlichen Hetzer und Agitatoren von der RGO! Und die hatten natürlich nichts eiligeres zu tun, als die Sache gleich unter den Chemiewerkern zu veröffentlichen!

Und wie nicht anders zu erwarten war: die Sache hat prompt Unruhe unter den Gewerkschaftsmitgliedern und nicht zuletzt in Vertrauensleutekreisen hervorgerufen. Wenn jetzt auch noch von unten her eine Diskussion über Forderungen angeheizt wird, möglicherweise gar radikale Parolen aufkommen, etwa in der Richtung: „Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich muß erkämpft werden" und so — wo bleibt dann das gemütliche und vertrauensvolle Verhandlungsklima?

RGO stellt Forderungen zur Diskussion

Die RGO in Köln hat den Provokationsvorschlag der Chemie-Barone zur Manteltarifrunde in einem Flugblatt bekannt gemacht. In dem Flugblatt heißt es dazu:

„Sollen wir etwa sechs Jahre warten und auf unser Recht verzichten, Forderungen zum Schutz unseres Arbeitsplatzes und unserer Gesundheit aufzustellen? Sollen wir sechs Jahre warten, wo gleichzeitig immer stärkere Rationalisierungswellen durch die Betriebe gehen? Wo der Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmern immer mehr auf unsere Kosten ausgetragen wird?"

Die RGO in Köln stellt im gleichen Flugblatt folgenden forderungskatalo für die Manteltarifrunde zur Diskussion:

- 6 Wochen Urlaub für alle!
- 40-Stunden-Woche für Schichtarbeiter durch 13 bezahlte Freischichten sofort!
- Schichtzulagen auch für die Zweischichtarbeiter!
- Erhöhung der Schichtzulagen für alle Schichtarbeiter!
- Erhöhung der Nacht-, Sonntags- und Feiertagszuschläge!
- Voller Verdienstschutz bei Umsetzung durch Rationalisierung und Krankheit!
- Keine Streichung des Zusatzurlaubes für Kollegen an besonders gesundheitsgefährdenden Arbeitsplätzen!
- Kein Abzug der Samstage vom Jugendlichenurlaub!
- Zur Sicherung unserer Arbeitsplätze fordern wir die Manteltarifkommission auf, ausdrücklich die Forderung nach der 35-Stunden-Woche aufzustellen.
- Zusätzlich zu den Manteltarifverhandlungen stehen die Lohntarifverhandlungen an. Es geht nicht an, daß wie im letzten Jahr über beides gemeinsam verhandelt wird, nach dem Motto: Gebt ihr uns einen Urlaubstag mehr, gehen wir 1 Prozent in der Lohnrunde runter.

Deshalb fordern wir: Keine Kopplung der Verhandlungen!

Streik bei der Lufthansa

Am Montag vergangener Woche kam es auf mehreren Flughäfen der Bundesrepublik zu einem Warnstreik des fliegenden Personals. In Hamburg versammelten sich vor den Hallen der Lufthansa-Werft während des Streiks auch rund 500 Kollegen des Bodenpersonals, um sich mit den streikenden Flugzeugbesatzungen zu solidarisieren.

Aufgerufen zu der Kampfaktion hatte die ÖTV-Gewerkschaft. Seit Ende 1977 führt die ÖTV bereits Verhandlungen mit der Lufthansa über einen Tarifvertrag, der dem fliegenden Personal von Lufthansa und ihrer Tochtergesellschaft Condor besseren Schutz vor Entlassungen und Einkommensverlusten sichern soll.

Der Warnstreik richtete sich dagegen, daß die Lufthansa-Bosse sich bislang weigern, einen inzwischen erarbeiteten Vertragsentwurf zu unterzeichnen. Gleichzeitig protestierten die Kollegen sowohl des fliegenden als auch des Bodenpersonals mit ihrer Aktion gegen die Pläne der Lufthansa-Bosse, bis zum Jahr 1982 von den 30.000 Arbeitsplätzen jeden zehnten zu vernichten.

Der Tabu-Katalog und das „soziale Klima"

In der vergangenen Woche rückte die „Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände" (BDA) offen mit ihrem sogenannten Tabu-Katalog heraus. „Tabuisiert" ist unter anderem die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit unter die 40-Stunden-Grenze. Ein weiterer Punkt ist die Ablehnung jeglicher Einflußmöglichkeiten der Betriebsräte bei der personellen Besetzung von Maschinen.

An diesen Punkten zeigt sich zunächst einmal, was heute das heiligste Anliegen der Konzernherren ist: ihre Feldzüge zur massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen. Unter den heutigen Bedingungen der verschärften wirtschaftlichen Krise verlangt das kapitalistische Profitstreben unabdingbar, daß immer mehr Arbeiter und Angestellte auf die Straße fliegen, damit ihre Arbeit von den verbleibenden Kollegen mit geleistet bzw. durch moderne Maschinen oder Produktionsverfahren überflüssig gemacht wird.

Für die Kapitalisten geht es nur um Posten auf der Lohnkostenrechnung, die eingespart werden müssen, damit entsprechender Profit winkt. Daß das Verschwinden dieser Lohnkosten für die betroffenen Lohnabhängigen gleichbedeutend ist mit dem Verschwinden ihrer wirtschaftlichen Existenzgrundlage — das schert die Kapitalisten einen Dreck. Für sie zählt die Profitkalkulation und sonst nichts.

Sie sind sich allerdings über eines klar: Die Arbeiterschaft nimmt mit zunehmender Entschlossenheit und Kompromißlosigkeit den Kampf gegen den Rationalisierungsterror und die Vernichtung der Arbeitsplätze auf. Nicht umsonst wurde die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu einer zentralen Forderung der Gewerkschaftsbewegung. Daraus ziehen die Konzernherren die Konsequenz, daß sie an diesem Frontabschnitt eine besonders harte und fest organisierte Kampfstellung aufbauen. Der Arbeitskampf in der Stahlindustrie war für sie die erste große Probe aufs Exempel.

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Gewerkschaftsbewegung aus dem Tabu-Katalog? Etwa die, den Kapitalisten vorzujammern: „Dadurch vergiftet ihr doch das soziale Klima, wo kommen wir da denn hin?" So tun es die DGB-Führer. Oder soll man den Unternehmern ins Gewissen reden, wie es die SPD macht: „Das ist ja Klassenkampf von oben, das könnt ihr doch nicht machen"?

Natürlich sollen solche Sprüche nur eines bewirken: uns Arbeiter darüber hinwegtäuschen, daß „soziales Klima" und „sozialer Friede" nur Seifenblasen sind, die jetzt zerplatzen, weil in der Zeit der wirtschaftlichen Krise der Kapitalismus sein wahres Gesicht ganz ungeschminkt zeigt. Die wichtigste Konsequenz, die wir ziehen müssen, ist vielmehr: mit der Politik der Sozialpartnerschaftskumpanei endgültig abrechnen. Die Herren „Arbeitnehmervertreter", die uns im Namen dieser Politik immer wieder verraten und verkaufen, sind Komplizen der Kapitalisten.

Wir müssen in der Arbeiterbewegung den Einfluß dieser Bonzen ausmerzen. Wir brauchen eine revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, damit wir den Kapitalisten die Hölle heiß machen können. Wenn die Arbeiterklasse ohne Illusionen, frei von verräterischen Führern, ihre Solidarität und Kampfeinheit schmiedet, haben die Profithaie nichts mehr zu lachen.

Im unversöhnlichen Klassenkampf können die Arbeiter und kleinen Angestellten ihre Forderungen durchsetzen, können sie Erfolge gegen die Arbeitsplatzvernichtung erzwingen. Daran ändert auch kein Tabu-Katalog etwas.



Fusion von VFW Fokker und MBB nahezu perfekt

Bonn als Geburtshelfer eines Riesen-Rüstungskonzerns

Es ist soweit: Der deutsche Teil von VFW (Vereinigte Flugzeugwerke) Fokker (Stammkapital 75 Millionen Mark) und MBB (Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Stammkapital 85 Millionen Mark) sollen zu einem Riesenkonzern verschmolzen werden. 1977 lag der Umsatz von beiden zusammengerechnet bei 2,68 Milliarden Mark. Der Riesenkonzern wird etwa 30.000 Beschäftigte haben. Im Hinblick auf die anstehende Fusion sagte der MBB-Chef Madelung: „Wir werden nicht einen Mitarbeiter länger beschäftigen, als es wirtschaftlich vertretbar ist."



April 1976: VFW-Kollegen in Speyer demonstrierten für die Erhaltung ihrer 1.300 Arbeitsplätze

Im Klartext: In akuter Gefahr sind 800 Kollegen des VFW-Werkes in Speyer. Schon im letzten Jahr demonstrierten Zehntausende von Kollegen gegen Massenentlassungen bei VFW Speyer. Das aber ist erst der Anfang, denn Fusionierung bedeutet vervielfachte Rationalisierung. Ministerialdirigent Lorenz aus dem Wirtschaftsministerium meinte, als er auf die anstehende Fusion angesprochen wurde, der Zwang, Kosten zu sparen und zu rationalisieren, lasse gar keinen anderen Weg zu.

Die Hauptdrahtzieher bei der Fusion sind die Fried. Krupp GmbH (35,1 Prozent Beteiligung bei VFW), die sogenannte Fidesgruppe (dahinter verbirgt sich Siemens und Thyssen, 33,5 Prozent Beteiligung bei MBB), die Hauptkriegstreiber in der Geschichte des deutschen Imperialismus. Der fusionierte Konzern mit einem Stammkapital von 160 Millionen Mark stellt eine solide Basis für die verstärkten Rüstungsanstrengungen des westdeutschen Imperialismus dar.

Genau aus diesem Grunde hat sich die Bundesregierung in Bonn ganz gegen ihre sonstige Gewohnheit diesmal offiziell in die Verhandlungen eingeschaltet und erklärt, daß die anstehende Fusion ihr erklärtes Ziel ist. Sie hat deutlich durchblicken lassen, daß sie weitere Zahlungen von Subventionen (VFW erhielt 1977 450 Millionen Mark) von der erfolgten Fusion abhängig machen werde. Der Bonner Staat setzt die Fusion mit erpresserischen Methoden durch, weil der westdeutsche Imperialismus großes Interesse an einem starken nationalen Flugzeugbau- und Rüstungskonzern hat, um seine wirtschaftliche und politische Vormachtstellung in Westeuropa zu festigen und auszubauen.

Arbeiterkorrespondenz

Besuch von der Gesundheitsbehörde

Unsere WCs, wenn man sie so nennen kann, sind so heruntergekommen, daß man nur das krasse Wort „Sch...haus" benutzen kann. Außerdem gibt es von diesen Dingern nur ganze zwei Stück im Betrieb. 26 Arbeitskollegen sind auf diese zwei Klos angewiesen.

Nun aber zu unserm Herrn von der Gesundheitsbehörde.

Am Freitag früh meldete er sich telefonisch für 9 Uhr an, zur Besichtigung des Betriebs. Der gute Mann kam aber erst um 9.30 Uhr. Wir baten ihn erst einmal ins Büro, wo er schon ungeduldig auf dem Stuhl hin und her wippte.

Ich dachte mir, der „muß" scheinbar mal und malte mir schon aus, welchen Eindruck die Verfassung des bewußten Örtchens auf ihn machen würde. Aber Irrtum: Es stellte sich heraus, daß er um 10 Uhr auf dem Gericht sein mußte, und deshalb so ungeduldig war.

Ein Kollege zeigte ihm dann den Betrieb, wobei er ihn als erstes zum WC führen wollte. Doch der Kerl machte im ersten Arbeitsraum halt, sah um sich, schlug sein schlaues Buch auf und schrieb einen bemerkenswerten Satz hinein: **„Vorbildlich geführter Musterbetrieb".**

Dann machte er sich auf die Socken, um den Gerichtstermin nicht zu versäumen.

Eine Genossin aus Hamburg.

Herr Mies hält IGM-Bonzen die Treue

DKP-Chef Mies erklärte Mitte Januar: „Die im Stahlarbeiterkampf praktizierte Aktionseinheit sozialdemokratischer, kommunistischer, christlicher und parteiloser Arbeiter darf nicht geschwächt, sondern muß gestärkt werden. (...) Niemand von uns übersieht, daß sich im Kampf der Stahlarbeiter auch antigewerkschaftliche Kräfte zu Worte gemeldet haben" (UZ vom 15. 1. 1979).



Kollegen von Klöckner am 8. 1. während der Sitzung der Tarifkommission in Mülheim

Da hat er recht, der Herbert, denn in der Tat hat es verdammt starke Kräfte gegeben, die den Kampf um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erheblich sabotiert haben, ja die sogar verhindert haben, daß die Stahlarbeiter den echten Einstieg in den Siebenstundentag geschafft haben. Noch heute liegt es den Stahlkochern schwer im Magen, daß ihnen ihre eigenen Führer, Loderer, Herb usw. niederträchtig in den Rücken gefallen sind.

Aber halt, zitiert man Herbert Mies, den DKP-Chef, weiter, so scheint er das gar nicht zu meinen; er spricht von *„antigewerkschaftlichen Kräften"*, *„die auf eine gewerkschaftliche Opposition setzen"* (UZ vom 15. 1. 1979).

Na sowas! 49 Prozent der organisierten Stahlkollegen Antigewerkschaftler? Die Vertrauensleutekörper der IGM, die für die Urabstimmung ein klares „Nein" empfohlen haben, Antigewerkschaftler? Die 1.200 Kollegen, die in Mülheim der Großen Tarifkommission Dampf machten, Antigewerkschaftler?

Mein lieber Mies, dann scheint es außer Loderer, Herb und Konsorten einschließlich DKP-Führung überhaupt keine richtigen Gewerkschaftler mehr zu geben. Wer hätte das gedacht. Dann waren selbstverständlich auch die Kollegen schuld, daß der Einstieg in die 35-Stunden-Woche diesmal nicht geschafft wurde, oder?

Und tatsächlich, die DKP entblödet sich nicht, auch solche Argumente ins Feld zu führen. Das muß man einfach gelesen haben. *„In keinem anderen Streikkampf der Nachkriegszeit ist eine solche Welle der Solidarität in unserem Lande sichtbar geworden. Doch diese Solidarität hat noch nicht ausgereicht, um die Stahlkonzerne und alle hinter ihnen stehenden Unternehmerverbände in ihre Schranken zu weisen. Diese Solidarität wäre erforderlich gewesen, das Kräfteverhältnis zugunsten der Streikenden zu verändern"* (UZ vom 20. 1. 1979).

Da hat sich die Gewerkschaftsführung mal wieder abgestrampelt, den Kampf zu organisieren, und die Kollegen haben mal wieder alles vermasselt.

Das ist bodenloser Zynismus gegenüber den Stahlkochern, die große Opfer im Kampf gebracht haben! Wer hat denn immer wieder den Vollstreik gefordert, und wer hat ihn verhindert? Wer hat denn immer wieder gefordert, der Streik geht weiter bis zur vollen Durchsetzung der Forderungen, und wer hat diesen Kampf verraten?

Übrigens, wo waren sie denn, die Herren DKP-Führer, als ganze Belegschaften den Vollstreik forderten, wo waren sie denn, als die verschiedenen Streikversammlungen unmißverständlich erklärten, der Streik geht weiter bis zum Einstieg in die 35-Stunden-Woche, und wenn's bis Ostern dauert?

Jetzt, wo der Verrat perfekt ist, beschweren sie sich großmäulig über die mangelnde Solidarität, schieben sie den kämpfenden Stahlkochern die Schuld in die Schuhe. Wirklich eine üble Provokation nicht zuletzt für die ehrlichen DKP-Mitglieder, die zusammen mit den Kollegen mutig im Streik standen!

Die DKP, die ständig die Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Munde führt, die ständig von gewerkschaftlicher Einheit faselt, praktiziert die Aktionseinheit mit den Bossen und Bonzen, praktiziert die Einheit mit den Gewerkschaftsbonzen, den Spaltern in der Gewerkschaft. Sie gehen noch einen Schritt weiter, und diffamieren alle kämpferischen Kollegen, die ernst machen wollen mit der Parole der Aktionseinheit, der Arbeitereinheit gegen Bosse und Bonzen, als Feinde, als Spalter, als Helfershelfer der Unternehmer.

Bundesbahn streicht 400 Ausbildungsplätze

Eine der schlimmsten Geißeln des Kapitalismus ist die Jugendarbeitslosigkeit. Es vergeht kaum ein Monat, ohne daß eine der staatstragenden Parteien sich nicht zu diesem Problem äußern würde. Selbstverständlich stellen sie alle übereinstimmend fest, daß dies ein Problem erster Ordnung sei, daß man in seiner Verantwortung der deutschen Jugend gegenüber lösen muß etc. etc.

Da werden Programme aufgestellt, Reden geschwungen, in SPD-Kreisen wird mitunter auch den Unternehmern gedroht, man wolle sie zwingen, genügend Lehrstellen bereitzuhalten.

Nun ist die SPD zur Zeit maßgeblich an der Regierung beteiligt, und man sollte annehmen, daß ihren Worten zumindest in den staatlichen Betrieben Taten folgen. Aber weit gefehlt.

1978 stand bei der staatlichen Bundesbahn einem Angebot von 2.100 Ausbildungsplätzen eine Nachfrage von 15.600 gegenüber. Und dieses Jahr, das noch mehr Schulabgänger als das letzte zu verzeichnen hat, ist das Lehrstellenangebot um 400 auf 1.700 verknappt worden.

Das ist der wahre Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. **Statt Qualifizierung Hilfsarbeit oder Arbeitslosigkeit; statt Zukunftschancen Perspektivlosigkeit; das ist es, was der Bonner Staat in seiner Verantwortung der deutschen Jugend gegenüber zu bieten hat.**

Grußadressen zum 10. Jahrestag der KPD/ML

Kommunistische Partei Italiens/ Marxisten-Leninisten

Genossinnen und Genossen,
im Namen aller Kämpfer unserer Partei, aller fortschrittlichen Arbeiter und Revolutionäre unseres Landes überbringe ich Euch aus Anlaß des IV. Parteitags der KPD/ML und des 10. Jahrestags ihrer Gründung kämpferische und brüderliche Grüße, und ich wünsche Euch weitere Erfolge.

Die deutsche Bruderpartei ist die würdige Nachfolgerin der kommunistischen Partei Thälmanns, des großen deutschen und internationalistischen proletarischen Führers. Unsere Partei ist aus der Realität des Klassenkampfes, im Kampf gegen den modernen Revisionismus chruschtschowscher und togliattischer Prägung entstanden, um die Arbeiterklasse zur Eroberung der Macht und zum Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu führen. Unsere Partei hat das Kampfbanner Gramscis und aller italienischen Kommunisten erhoben, die in der Zeit der wilden faschistischen Mussolini-Diktatur imstande waren, die Arbeiterklasse und die Antifaschisten im antifaschistischen Widerstandskampf zu organisieren. Mit dem Sieg von 25. April 1945, mit der Erschießung des Banditen Mussolini und seiner engsten Mitarbeiter, wurde dieser Kampf abgeschlossen.

Thälmann wie Gramsci wurden von der barbarischen nazifaschistischen Diktatur ermordet. Das deutsche wie das italienische Volk hat unter dem brutalen faschistischen Regime gelitten. Und gerade deswegen fühlen sich unsere Völker verantwortlich, den antifaschistischen, antiimperialistischen Kampf gegen das Vorherrschaftsstreben und die kriegstreiberische Politik der Supermächte, gegen die imperialistische Koalition der Europäischen Gemeinschaft und gegen alle Reaktionäre zu führen.

Unsere Parteien stehen gerade deshalb im Kampf gegen den modernen Revisionismus in all seinen Strömungen, vom Chruschtschow - Revisionismus bis zum „Eurokommunismus", vom titoistischen bis zum chinesischen Revisionismus, damit das Proletariat seine historische Aufgabe erfüllen kann. Der führenden Rolle der Arbeiterklasse widersetzen sich alle revisionistischen Strömungen.

Der VII. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens hat mit dem Rechenschaftsbericht des Genossen Enver Hoxha einen grundlegenden Beitrag dazu geleistet, die führende Rolle der Arbeiterklasse zu bekräftigen, die Generallinie der kommunistischen Bewegung zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Von großer Bedeutung ist die Solidarität der wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen mit der Partei der Arbeit Albaniens und dem albanischen Volk, die sich entschlossen dem Druck und den Drohungen der revisionistischen chinesischen Führer widersetzen. Der Brief des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens und der albanischen Regierung an die chinesischen Führer ist ein wichtiger Meilenstein im Kampf gegen den modernen Revisionismus.

Mit der größten Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien in Ideologie und Handeln ist es notwendig, alle Kräfte im Kampf gegen den modernen Revisionismus jeder Schattierung anzustrengen, sei es der Chruschtschow- oder Tito-Revisionismus, der „Eurokommunismus" oder der chinesische Revisionismus. Gegenwärtig nutzen die revisionistischen chinesischen Führer jedes Mittel aus, um gegen die Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien vorzugehen. Sie führen antikommunistische Aktionen im In- und Ausland durch, sie betreiben eine sozialchauvinistische Außenpolitik.

Durch ihre bürgerliche Politik öffnen sie dem internationalen Finanzkapital Tür und Tor. Mit gewaltigen Krediten, die ihnen von den Finanzgruppen aller kapitalistischen Länder zugestanden werden, importieren sie moderne industrielle und militärische Technologien aus diesen Ländern. Im Gegenzug erlauben sie es den ausländischen Kapitalisten, die chinesischen Menschen und die chinesischen Bodenschätze auszubeuten. Diese Politik der revisionistischen chinesischen Führer bindet China wirtschaftlich, politisch und militärisch an das imperialistische Lager.

Unter dem Vorwand, den sowjetischen Hegemonismus zu bekämpfen, stärken die revisionistischen chinesischen Führer den aggressiven NATO-Block, wodurch die Kriegsgefahr erhöht wird. Das ist also die Lage, der wir uns heute gegenübersehen. Man muß dabei auch berücksichtigen, daß sich in Zukunft die zwischenimperialistischen Widersprüche derart entwickeln können, daß die chinesischen revisionistischen Führer nach neuen Bündnissen suchen und sich mit anderen Strömungen verbinden.

Die Resolution unseres Zentralkomitees betont: Unsere Partei hat ebenso wie die gesamte marxistisch-leninistische Weltbewegung die KP Chinas mit ihrem Vorsitzenden Mao an der Spitze unterstützt, in der sie eine Kraft gegen den inneren und internationalen Revisionismus sah. Wir müssen sagen, daß wir diese Haltung auch deshalb einnahmen, weil wir — obwohl uns ausreichende Kenntnisse über die historischen Erfahrungen der chinesischen Revolution fehlten — doch mit Vertrauen auf die KP Chinas und ihren Vorsitzenden sahen. Insofern betrachteten wir sie trotz der Widersprüche, die wir heute besser zu verstehen beginnen, als wesentlichen Bestandteil der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, der Dritten Internationale und nach der Befreiung im Jahre 1949 — des sozialistischen Lagers.

Mit aufrichtiger Selbstkritik müssen wir allerdings feststellen, daß eine ganze Reihe von Erfahrungen Chinas von uns mechanisch aufgefaßt wurden. Wir hegten dabei allerdings immer die Überzeugung, daß sie der revolutionären Sache dienen, daß die Mängel und Fehler der chinesischen Führung gegenüber dem gemeinsamen Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und den Chruschtschow - Revisionismus zweitrangig wären.

Unser III. Parteitag hat die folgende Leitlinie beschlossen: Es ist notwendig, jede Möglichkeit auszunutzen, um bilaterale und multilaterale Gespräche zwischen den Bruderparteien zu führen, um immer engere lebendige Verbindungen herzustellen. Dabei ist es wichtig, die Lehren aus den vielfältigen Erfahrungen der kommunistischen und Arbeiterbewegung zu ziehen, vor allem aus den Erfahrungen der Kommunistischen Internationale. Unsere Partei ist bemüht, alle Kräfte für die Festigung der Beziehungen zwischen den Bruderparteien einzusetzen und für die Einheit der kommunistischen Bewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus einzutreten.

Es lebe der proletarische Internationalismus!
Es leben Marx, Engels, Lenin und Stalin!

Kommunistische Partei Dänemarks/ Marxisten-Leninisten

Liebe Genossen!
Das Vorbereitungskomitee der zukünftigen Kommunistischen Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten überbringt der KPD/ML seine wärmsten und brüderlichen Kampfesgrüße anläßlich des IV. Parteitages und des 10. Jahrestages der Gründung der KPD/ML. Wir, die dänischen Marxisten-Leninisten, sind hoch erfreut, an diesem Tag hier anwesend sein zu können, an dem gleichzeitig auch der 60. Jahrestag der glorreichen KPD Ernst Thälmanns gefeiert wird. Die Dänische Kommunistische Partei/ML und die Kommunistische Partei Deutschlands/ML sind vereint im gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, gegen Reaktion und Revisionismus, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Heute ist dieses Ziel nicht nur ein Ideal, eine ferne Perspektive, sondern ein Problem, das zur Lösung ansteht. Die imperialistische und revisionistische Welt wird durch tiefgehende Krisen in ihren Grundfesten erschüttert. Überall wächst und erstarkt der Kampf des Proletariats und der Völker.

Mit dieser Perspektive bereitet die KPD/ML, die Vorhutpartei des deutschen Proletariats, das Proletariat und seine Verbündeten darauf vor, die imperialistische Bourgeoisie zu stürzen und das große Ziel zu erreichen: ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Unverrückbar steht die KPD/ML im Kampf gegen die beiden Supermächte, den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, gegen alle anderen Imperialisten und gegen Reaktion und Revisionismus.

Wir dänischen Kommunisten haben die revolutionäre Arbeit der KPD/ML verfolgt und sind zutiefst erfreut über die Erfolge auf allen Gebieten des Kampfes. Besonders die großen Fortschritte der KPD/ML bei der Verankerung im Proletariat, wobei wir die Gründung der RGO hervorheben möchten, haben uns sehr beeindruckt. Genauso haben wir mit großer Freude die großen Fortschritte bei der Arbeit unter der Jugend und dem Kampf gegen Reaktion und Faschismus gesehen.

Die KPD/ML bekämpft kompromißlos alle Spielarten des modernen Revisionismus. Die KPD/ML führt einen prinzipienfesten Kampf gegen den chinesischen Revisionismus, welcher auf der Drei-Welten-Theorie beruht und der versucht, den Sozialismus zu zerstören, die Revolution und die nationale Befreiung auszulöschen und die internationale kommunistische Bewegung zu spalten. Die KPD/ML hat diese reaktionäre Theorie allseitig entlarvt und zurückgewiesen. In ihrem unablässigen Kampf gegen den Opportunismus und Revisionismus hat die KPD/ML den Marxismus-Leninismus und die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung verteidigt.

Liebe Genossen!

Die Gründung der Kommunistischen Partei Dänemarks/ Marxisten-Leninisten wird sehr bald eine Tatsache sein. Das ist das Ergebnis eines prinzipienfesten Kampfes gegen den modernen Revisionismus. Aufgrund der spalterischen Aktivitäten der Revisionisten entwickelten sich zwei marxistisch-leninistische Organisationen, die zu verschiedenen Zeiten gegründet wurden. Die jetzt erfolgende Gründung der DKP/ML zeigt, daß es möglich gewesen ist, auf der Basis der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin im Kampf gegen alle Spielarten des modernen Revisionismus, diese beiden Organisationen zu einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei zu vereinen.

Die Aufgabe, die wahre proletarische Einheit in der Partei zu schaffen, brachte die Notwendigkeit mit sich, den Einfluß der sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen zu brechen. Das Konzept des Kampfes zweier Linien in der Partei, der Anerkennung einer bürgerlichen Linie innerhalb der Partei ist vollkommen unannehmbar für die Vorhutpartei des dänischen Proletariats. Unsere Erfahrungen haben uns gezeigt, daß die Mao-Tse-tung-Ideen die Lockerung der Disziplin, Fraktionismus, Demokratismus und andere Abweichungen von den marxistisch-leninistischen Normen des innerparteilichen Lebens hervorrufen. Unter anderem deshalb können diejenigen, die absolut und immer auf den Mao-Tse-tung-Ideen beharren, nicht Mitglieder der Partei werden.

Der Kampf gegen die Mao-Tse-tung-Ideen in der DKP/ML muß noch zu Ende geführt werden. So betrachtet die DKP/ML es als notwendige Aufgabe, in allen Fragen zu den Lehren des Marxismus-Leninismus zurückzukehren. Geführt von den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin muß ein umfassender ideologischer, politischer und organisatorischer Kampf geführt werden.

Unser Kampf für die Einheit der dänischen Marxisten-Leninisten und der Kampf für die Verteidigung des sozialistischen Albanien, für die Verteidigung der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, und die Teilnahme am revolutionären Klassenkampf gehörten und gehören unlösbar zusammen. Dies alles hat eine gute Grundlage für die Gründung der DKP/ML geschaffen.

Genossen!

Es ist uns ein besonderes Bedürfnis, die Gelegenheit auf dieser Feier zum 10. Jahrestag wahrzunehmen, der KPD/ML unseren Dank für die brüderliche Unterstützung auszusprechen, die sie uns in einem schwierigen Moment in unserem Kampf für die Einheit in der DKP/ML gegeben hat, eine Unterstützung, die von einem wahrhaft internationalistischen Geist getragen wurde.

Liebe Genossen!

Die internationale kommunistische Bewegung hat ihre brüderlichen Beziehungen im Kampf gegen den modernen Revisionismus verstärkt. Auf der Basis der Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin wird sie weiter wachsen und wird gestählt und vereinigt für die kommenden großen Aufgaben bereit sein.

Es lebe die KPD/ML!
Lang lebe der Marxismus-Leninismus!

Organisation für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Frankreich

Liebe Genossen,
wir sind glücklich, Euch auf dieser Veranstaltung nach dem IV. Parteitag Eurer Partei unsere brüderlichen Kampfesgrüße überbringen zu können. Wir verfolgen aufmerksam die Erfolge, die Ihr in Eurem Kampf gegen den deutschen Imperialismus und die Faschisierung seines Staates erringt, ebenso die Erfolge, die Ihr bei den diesjährigen Betriebsratswahlen mit der RGO im Kampf gegen den DGB-Apparat, der zur Klassenzusammenarbeit aufruft, errungen habt. Diese Erfolge freuen uns sehr und ermutigen uns in unserem Kampf.

Euer Parteitag wurde zu einem historisch bedeutsamen Zeitpunkt des Kampfes, der zwischen dem Marxismus-Leninismus und dem modernen Revisionismus stattfindet, abgehalten. Tatsächlich hat die überwiegende Mehrheit der marxistisch-leninistischen Parteien inzwischen die konterrevolutionäre Theorie, die sogenannte Theorie der drei Welten, die von den chinesischen Revisionisten ausgearbeitet wurde, verurteilt und den chauvinistischen Charakter und das Großmachtstreben Chinas erkannt. Die Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung wurde dadurch gestärkt und vertieft.

Heute sind die marxistisch-leninistischen Parteien in eine neue Phase des Kampfes eingetreten und schreiten bei der großen Aufgabe der ideologischen, politischen und organisatorischen Klärung voran. Ein Teil von ihnen — darunter Eure Partei — hat erkannt, daß die Mao-Tse-tung-Ideen die Wurzel und die Grundlage der neuen revisionistischen chinesischen Strömung sind, und sie bemühen sich, diese Probleme für die gesamte marxistisch-leninistische und revolutionäre Bewegung zu klären.

Euer IV. Parteitag hat die kritische Analyse der Mao-Tse-tung-Ideen und ihres schlechten Einflusses auf die Linie, das Statut und das Programm und das Leben der Partei vertieft. Das ist ein großer politischer und ideologischer Erfolg und ein bedeutender Beitrag für die gesamte marxistisch-leninistische Bewegung.

Deshalb meint unsere Organisation, daß die Diskussionen zwischen den Bruderparteien, der Meinungs- und Erfahrungsaustausch nicht nur eine Frage der Zweckmäßigkeit sind. Sie sind vielmehr notwendig und lebenswichtig für die Verstärkung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Sie bedeuten eine gegenseitige Hilfe zwischen den Bruderparteien. Deshalb werden zwischen ihnen die Probleme, die zu diskutieren sind, und die Fragen, die auftauchen, offen und kameradschaftlich besprochen. Auf diese Weise wird das Verständnis der Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus erweitert, was das Ziel jeder Partei und der gesamten internationalen kommunistischen Bewegung ist.

Genossen, wie Ihr wißt, arbeitet unsere Organisation aktiv am Wiederaufbau der wahren marxistisch-leninistischen Partei in unserem Land. Wir betrachten es als unsere Pflicht und als unseren Beitrag zum gemeinsamen Kampf, unsere Partei auf sehr klaren ideologischen Grundlagen aufzubauen. Mit diesem Ziel vor Augen verstärken wir unsere Anstrengungen, unser Verständnis vom Marxismus-Leninismus zu vertiefen — im Licht der Kritik des Revisionismus, sei es der Chruschtschows, sei es der chinesische Revisionismus oder ein anderer...

Liebe Genossen, wir wünschen Eurer Partei und allen Euren Genossen ein neues Jahr mit vielen Erfolgen in Eurem Kampf an der Spitze des deutschen Proletariats. Wir sind überzeugt, daß Ihr auf dem Weg der Verteidigung und Anwendung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus weiter voranschreiten werdet.

Es lebe die KPD/ML!
Ruhm dem Marxismus-Leninismus!
Ruhm dem proletarischen Internationalismus!

Nationales Komitee der Organisation für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in Frankreich

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Der IV. Parteitag grüßt die Genossen in Haft

An die Genossen Michael Banos und Klaus Singer, die aus politischen Gründen ins Gefängnis kamen, hat der IV. Parteitag der KPD/ML eine Grußbötschaft übersandt, in der die Delegierten ihren Wunsch zum Ausdruck bringen: „Wir sehen mit Freude dem Tag entgegen, wo sich die Gefängnistore für Euch öffnen werden . . . "

Für Genossen Michael Banos ist dieser Tag jetzt gekommen. Am 24. 1. hat er zwei Drittel seiner siebenmonatigen Haftstrafe abgesessen und wird an diesem Tag entlassen. Michael bat uns, allen Kollegen, Freunden und Genossen für die Solidarität und die vielfältige Hilfe, die ihm erwiesen wurde, zu danken.

Genosse Klaus Singer erhielt die Grußbotschaft, als er gerade von einem dreitägigen Hafturlaub zurückgekehrt war. In einem Brief schrieb er: „Ich bin mit Euch einig, daß die Erweiterung und Vertiefung des Kampfes gegen das ‚linke' Sektierertum ein großer Erfolg für die Partei ist und zu weiteren großen Erfolgen für die Partei führen wird." Und an anderer Stelle: „Die Solidarität, die in Eurer Grußbotschaft zum Ausdruck kam, die Solidarität, die ich in jedem Brief, jeder Karte, die mich im Gefängnis erreichte, spüren konnte, . . . all dies ist eine große Unterstützung, gibt einem Kraft, erleichtert einem die Zeit, in der der Klassenfeind mich gefangen hält. Vorwärts mit der KPD/ML!"

Wir hoffen, daß Klaus möglichst bald wieder in unseren Reihen steht und bitten nochmals alle Freunde und Genossen, ihm bis dahin ins Gefängnis zu schreiben. Seine Adresse: Klaus Singer, Marienburgerstraße 74, 6100 Darmstadt-Eberstadt.

Verjährung vorweggenommen? Freisprüche im Majdanek-Prozeß geplant

Der Staatsanwalt im Majdanek-Prozeß hat jetzt gegenüber dpa erklärt, daß demnächst mit Abtrennung von Verfahren und Urteilen für einige der fünf weiblichen Angeklagten zu rechnen sei. Das ist derselbe Staatsanwalt, der im Oktober 1978 über das Ergebnis der Zeugenvernehmung, in der erschütternde Berichte bestialischer Grausamkeit gegeben wurden, sagte, daß sie „wenig konkretes Belastungsmaterial gegen mehrere Beschuldigte" zutage gebracht habe. Damit droht die Verjährung von Naziverbrechen bereits vor ihrer Beschließung praktiziert zu werden!

Der Majdanek-Prozeß dauert schon fast drei Jahre. Den ursprünglichen 15, jetzt nur noch 13 Angeklagten — das Verfahren gegen den sadistischen SS-Lagersanitäter Reinarzt wurde gerade vor kurzem wegen „Verhandlungsunfähigkeit'' eingestellt — wird die Ermordung von mindestens 250.000 Menschen im KZ Lublin-Majdanek vorgeworfen. Nach polnischen Angaben sind sogar 360.000 Menschen dort umgekommen.

Unter den Angeklagten befinden sich die unmenschlichsten Kreaturen, so die jetzt 57-jährige Hildegard Lächert, von den KZ-Häftlingen „die blutige Brygida'' genannt. Sie war es, die kleine Kinder — unter ihnen zweijährige — zur Vernichtung in den Gaskammern zusammentrieb, zusammen mit ihrer „Kollegin" Herminé Ryan-Braunsteiner, genannt: die „Stute'' („. . . weil sie immer soviel trat"). Oder da ist Hermine Böttcher, die der Mordbeihilfe in allein 200 Fällen angeklagt ist. Sind sie es, die der Staatsanwalt für den von Prozeßbeobachtern vermuteten Freispruch vorgesehen hat?

Ein solcher Freispruch, mit welcher Begründung auch immer, wäre gleichzeitig ein Triumpf für einige Verteidiger, die selber die größten Naziverbrecher sind. So zum Beispiel Stolting II, der Anwalt Hermine Böttchers, der in der Nazizeit Ankläger beim Sondergericht in Bromberg war und dort gegen Polen wegen Fahrraddiebstahls oder Schwarzschlachtens die Todesstrafe beantragte. Leute dieses Schlags haben Zeugen beleidigt, beschimpft, zu bestechen versucht, wie zum Beispiel: Bestellung eines Gutachters über Gerüchte, um festzustellen, ob tatsächlich Menschen verbrannt wurden und nicht Tiere! Diese Art Anwälte hat die nötige Arbeit getan, damit der Staatsanwalt jetzt sagen kann, es gäbe „wenig konkretes Belastunesmaterial".

Auf diese Weise arbeiten einige Anwälte und die Staatsanwaltschaft zusammen, um jetzt schon die Verjährung durchzusetzen. Offen spricht die bürgerliche Presse vom Majdanek-Prozeß als „dem letzten großen Naziprozeß in Deutschland''. Mit dieser Stimmungsmache wie auch den geplanten Freisprüchen soll Druck auf dei Gegner der Verjährung von Naziverbrechen ausgeübt werden. Der Zeitpunkt ist bewußt gewählt: die Abstimmung im Bundestag über die Verjährung steht bevor.

Die Front der Reaktionäre und Faschisten von einigen SPD-Leuten über die CDU bis zu rechtsextremistischen Attentätern rührt sich jetzt, um Stimmung für die Verjährung zu machen. Während faschistische Bombenleger durch Bombenattentate die Ausstrahlung eines Films über die Judenvernichtung der Nazis zu verhindern suchen, startete die CDU im Bundestag den Versuch, die faschistische NPD und andere faschistische Organisationen offiziell aufzuwerten. Nach einem Bericht der Bundesregierung über den Rechtsextremismus, der immerhin feststellen muß, daß sich die Nazibanden radikalisieren und daß die NPD „deutlich auch rassistische Züge" aufweise, stellte die CDU eine Anfrage, in der der Bericht als „dürftig und mager" kritisiert wird. Vor allen Dingen wird die der NPD in dem Bericht vorgeworfene „mangelnde Distanz zum Nationalsozialismus'' als zu „ungenau" kritisiert.

Was sich hinter dieser neutral klingenden Bewertung verbirgt, ist die Kritik daran, daß in dem Bericht die NPD als verfassungsfeindlich eingestuft wird. Die CDU geht offen dazu über, die Anerkennung der NPD und anderer faschistischer Organisationen als verfassungskonform zu verlangen, unter anderem deshalb, damit Faschisten ungehindert in den öffentlichen Dienst einziehen können (soweit sie das nicht ohnehin schon sind).

Aber auch die SPD-FDP-Regierung, die hier eine „Verfassungsfeindlichkeit" bescheinigt, denkt gar nicht daran, daraus irgendwelche Konsequenzen wie zum Beispiel das Verbot faschistischer Organisationen zu ziehen.

So ziehen alle Bonner Parteien, in unterschiedlichem Maße, an einem Strick, um den Faschismus wieder aufzuwerten und die Verbrechen des deutschen Imperialismus unter Hitler verjähren lassen zu können.

46 Jahre danach . . .
Aussperrung

Wichtigstes Ziel der Hitler-Faschisten, als sie an die Macht kamen, war die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterklasse, vor allem ihrer Vorhut, der KPD. Aber auch andere Organisationen, bis hin zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, wurden zerschlagen, obwohl sich deren Führer sogar bereit erklärt hatten, mit den Faschisten zusammenzuarbeiten. Das alles taten die faschistischen Machthaber im Auftrag des Finanzkapitals, dem dadurch der Weg zu ungehemmter Ausbeutung der Arbeiterklasse freigemacht wurde.

Unter Hitler wurden die Tarifverträge zerschlagen, Streiks waren grundsätzlich verboten — als Sabotage an der „nationalen Arbeit" —, Zwangsverpflichtung und Arbeitsdienst wurden eingeführt, wo zu lächerlich niedrigen Löhnen geschuftet werden mußte, und vor allem während der Kriegszeit wurde die Arbeitszeit wieder ausgedehnt. Die Kapitalisten feierten in dieser Zeit Orgien der Profitmacherei.

Die Zerschlagung des Faschismus 1945 hat diesem ungehemmten Treiben der Profithaie zunächst einmal wieder Zügel angelegt. Aber es war klar, daß die deutschen Monopole, deren Macht in Westdeutschland niemals wirklich gebrochen wurde, versuchen würden, die von der Arbeiterklasse nach 1945 erkämpften Rechte wieder rückgängig zu machen.

46 Jahre nach dem Machtantritt Hitlers sind die Unternehmer wieder daran gegangen, mit massivem Aussperrungsterror das Streikrecht der Arbeiter anzugreifen. Den Schleier von der „Sozialpartnerschaft" haben sie fallengelassen, offen demonstrieren sie ihre Macht als Herrscher über das Schicksal von Millionen von Arbeitern. Mit dem Mittel der Aussperrung sollen die Arbeiter erpreßt werden, nicht für ihre Forderungen zu kämpfen.

Aber der gerade zu Ende gegangene Stahlarbeiterstreik hat bewiesen, daß diese Hoffnungen der Kapitalisten sich nicht erfüllen. Wenn auch die Führer der DGB-Gewerkschaften — ähnlich wie einst ihre Vorgänger vom ADGB — durch ihre Klassenzusammenarbeit mit den Monopolen und ihre Streiksabotage den Kapitalisten in die Hände arbeiten, so ist dennoch die Kampfbereitschaft der Arbeiter gewachsen. Immer stärker wird von ihnen die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung erhoben, einem Verbot, daß die Bonner Regierung trotz aller Phrasen von „Tarifautonomie" der Arbeiterklasse bisher verweigert hat.

Der Kampf, den die deutsche Arbeiterklasse für diese Forderung aufnimmt, richtet sich auch gegen die Pläne der Monopole, vergangene Zustände wiederherzustellen. Dieser Kampf ist deshalb ein wichtiger Bestandteil des Kampfes gegen ein neues '33!

Weg mit der „Chemischen Keule"!

Immer dringender wird die Forderung nach der Abschaffung der „Chemischen Keule" (chemical mace), einer gefährlichen Waffe in der Hand der westdeutschen Polizei. Dieser Reizkampfstoff, der in verschiedenen Kriegen wie zum Beispiel beim japanischen Überfall auf China 1937 bis 1945 und auch in jüngster Zeit von den USA-Imperialisten in Vietnam eingesetzt wurde, wird seit Jahren bei Polizeiaktionen gegen die Werktätigen in unserem Land verwendet.

Daß die Behauptung, Chemical Mace sei ungefährlich, ein Märchen ist, haben viele der Betroffenen am eigenen Leib erfahren. Hautverätzungen, Augenverletzungen bis hin zu Fällen, wo Augen operativ entfernt werden mußten, sind die Folgen dieser barbarischen Waffe. Ja, gegen Menschen mit körperlichen Leiden eingesetzt, kann die „chemische Keule" sogar tödlich sein, wie im Falle der 64jährigen Frau Linnemann aus Wahmbeck/Weser, die im Mai 1977 bei einem Chemical-Mace-Einsatz in ihrer Wohnung ums Leben kam. Der wachsende Protest gegen den Einsatz dieser Waffe hat jetzt auch dazu geführt, daß Wissenschaftler sich dazu äußerten.

In der populärwissenschaftlichen Zeitung „Chemie in unserer Zeit" erschien ein Artikel mit dem Titel: „Chemical Mace — wie gefährlich ist Chloracetophenon?" Dort werden über diesen Kampfstoff, der von einer Tochtergesellschaft des amerikanischen Waffenkonzerns Smith & Wesson hergestellt wird, folgende schädigende Wirkungen festgestellt: 1. Augenverletzungen, 2. Hautschäden, Entzündungen und Allergien, 3. möglicherweise krebserregende und andere Langzeitwirkungen, 4. Todesfälle.

Selbst in einem toxikologischen Gutachten von Professor O. Klimmer, Bonn, das regelmäßig von den Befürwortern der „Chemischen Keule" herangezogen wird, wird der Einsatz des Giftgases an folgende Voraussetzungen geknüpft: „a) Besprühen nur aus Mindestabstand, der je nach Gerätetyp 3 bis 4 Meter betragen sollte, (. . .). b) Kein direktes Besprühen der Augen und des Gesichts aus sehr kurzer Entfernung. (. . .). c) Besprühungsdauer nur so kurz halten, wie für den beabsichtigten Zweck (zeitweilige Ausschaltung durch Augenreiz) notwendig ist. (. . .). d) Es dürfen nur Personen besprüht werden, die bei Bewußtsein und körperlich nicht behindert sind, so daß sie sich durch Flucht der Wirkung des Sprühgerätes entziehen können . . ."

Diese „Voraussetzungen" beim Einsatz der „chemischen Keule" sind ein Witz gegenüber der Praxis der deutschen Polizei. Ohne Rücksicht auf eine Gefährdung der Menschen wird diese Waffe in der Praxis angewendet, oft aus kurzer Entfernung direkt in die Augen. Das mußten im September 1978 zum Beispiel die Teilnehmer am Prozeß gegen den 22jährigen Berufsaufbauschüler und Antifaschisten Christian Thewes in Hannover erleben, die bei einem Polizeieinsatz im Gerichtsgebäude zum Teil aus einer Entfernung von nur 10 Zentimetern den Giftstoff ins Gesicht gesprüht bekamen.

Offensichtlich wird Chemical Mace auch regelmäßig in deutschen Strafanstalten — gegen „renitente" Häftlinge — eingesetzt. Die erheblichen Schäden, die bei Gefangenen entstanden sind, sind offenbar so erschreckend, daß selbst bürgerliche Politiker wie der ehemalige Justizsenator von Hamburg, Klug, sowie die SPD-Opposition im Kieler Landtag die sofortige Absetzung von Chemical Mace in Justizvollzugsanstalten fordern. Nach einem Heidelberger Gutachten kann der Einsatz von Chemical Mace in geschlossenen Gefängniszellen zu Krebs, Erblindung oder auch zum tödlichen Lungenemphysem führen.

Mit einer „halben" Lösung — der Abschaffung nur in Gefängniszellen — kann man sich allerdings nicht zufrieden geben. Es ist unerträglich, daß 34 Jahre nach dem Ende der Gasöfen von Auschwitz in unserem Lande überhaupt wieder mit Giftgas gegen Menschen vorgegangen wird.

Weg mit der „Chemischen Keule"!

Pressefotografen gegen Polizei



Stern-Fotograf Tom Jacobi bei dem Versuch, die Festnahme eines Anti-Schah-Demonstranten in Hamburg aufzunehmen

Gegen die zunehmenden Polizeiübergriffe auf Pressefotografen mußten jetzt der Innensenator und der Polizeipräsident der Stadt Hamburg einen Protestbrief von 41 Hamburger Pressefotografen entgegennehmen. Darin wird auf massive Behinderungen durch die Polizei bei der Berufsausübung hingewiesen. Die Unterzeichner schreiben, daß in „Einzelfällen Beamte auch handgreiflich gegen Fotografen" vorgegangen seien und daß Presseausweise „teilweise nicht anerkannt oder gänzlich mißachtet" worden seien.

Bekanntgeworden ist gerade erst der Fall des „Stern"-Fotografen Tom Jacobi, der bei dem Versuch, die Festnahme eines Anti-Schah-Demonstranten in Hamburg zu fotografieren, von Polizisten brutal vertrieben wurde. Die Unterzeichner des Briefes halten die Freiheit der Berichterstattung durch diese Methoden für „schwerwiegend beeinträchtigt".

Einer der in Mitleidenschaft gezogenen Fotografen: „Die Ausfälle der Polizisten gegenüber Pressefotografen werden immer schlimmer!" Gegen diese Entwicklung haben sich jetzt 30 Pressefotografen in einer Notgemeinschaft zusammengeschlossen.

Weg mit dem Hakenkreuzspielzeug!

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hat jetzt entschieden, daß Spielzeug mit NS-Symbolen weiterhin verkauft werden darf. Die Staatsanwaltschaft begründete ihre unerhörte Entscheidung damit, die Flugzeugmodelle seien lediglich für Sammlerzwecke vorgesehen. Die Verherrlichung des Nazifaschismus schon in der Kinderstube muß verhindert werden. Die Entscheidung muß zurückgenommen werden!

Anti-Schah-Demonstration trotz Verbot!

Trotz Verbots führten Gegner des iranischen Schah-Regimes in Kiel eine Demonstration durch, an der auch die KPD/ML teilnahm. Wie auch in anderen Städten, ist hier offenbar jede Demonstration gegen den faschistischen Schah von vornherein verboten worden. Die Verbotsverfügung der Stadt Kiel ist sogar vom Verwaltungsgericht Schleswig ausdrücklich bestätigt worden. Mit brutalen Schlagstockeinsätzen versuchte die Kieler Polizei die Teilnehmer der Demonstration auseinanderzutreiben. In der Schulstraße in Kiel-Gaarden wäre allerdings beinahe ein Streifenwagen der Polizei samt Besatzung von empörten Demonstranten auf den Kopf gestellt worden. Über 20 Personen wurden von der Polizei festgenommen!

Den Nazis wurde der Boden zu heiß

Volkskorrespondenz aus Recklinghausen

Schon im November tauchten in Recklinghausen Gerüchte auf, daß im Januar die faschistische Organisation „Deutscher Freundeskreis“ eine Veranstaltung anläßlich der Gründung des Deutschen Reiches (Jahrestag) durchführen wollte und daß der berüchtigte Faschist Oberst Rudel dort hinkommen würde. Bald wurde es dann zur Gewißheit, daß die Stadt Recklinghausen den Nazis den städtischen Saalbau zur Verfügung stellte. Auf einer antifaschistischen Veranstaltung nahm damals der örtliche DKP-Vorsitzende den Mund sehr voll, indem er versprach, daß 1.000 Demokraten gegen die Naziveranstaltung an Ort und Stelle demonstrieren würden. Wir werden sehen, was aus diesem Versprechen wurde, als es Ernst wurde.

Zum Verständnis der weiteren Ereignisse muß man aber noch wissen, daß schon 1969 in einem städtischen Saal eine NPD-Veranstaltung stattgefunden hatte. Damals hatten tatsächlich Hunderte gegen diese Veranstaltung vor der Halle demonstriert. Die Polizei war mit einer Reiterstaffel in die sitzenden Demonstranten hineingeritten, und mehrere wurden verletzt. Dieses Verhalten der Polizei hat damals eine solche Empörung unter der Bevölkerung von Recklinghausen hervorgerufen, daß der damalige Polizeipräsident seinen Hut nehmen mußte. Unter den Leserbriefschreibern war damals auch der heutige Oberbürgermeister von Recklinghausen, Erich Wolfram (SPD), der sich zu dieser Zeit noch darum bewarb, von den Recklinghäusern in den Bundestag gewählt zu werden. Er forderte damals, daß nie wieder einer neofaschistischen Organisation ein städtischer Saal zur Verfügung gestellt werden dürfe.

Der DKP-Vorsitzende hatte sein großspuriges Versprechen auf der letzten von einer Reihe von Veranstaltungen des Antifaschistischen Arbeitskreises gegeben. In diesem Arbeitskreis hatte die DKP damals die Initiative, wenn auch die Mitglieder und Besucher der Veranstaltungen bei weitem nicht alle der DKP nahestanden. Nach dieser Veranstaltung Mitte November aber wurde der Arbeitskreis von seinen Initiatoren nicht wieder zusammengerufen. Es wurde Ende Dezember — die Nazi-Veranstaltung sollte am 14. Januar sein — und es passierte immer noch nichts. Da wurde es einigen Mitgliedern des Arbeitskreises zu bunt, und sie ergriffen die Initiative und beriefen für den 3. Januar eine Versammlung ein. Die DKP versäumte es, zu dieser Versammlung zu erscheinen, was sie später sehr geärgert hat.

Die Versammlung, zu der etwa 15 Antifaschisten gekommen waren, darunter auch Genossen der Partei, beschloß, einen Leserbrief an die Zeitungen, in dem auch auf die frühere Stellungnahme des heutigen Oberbürgermeisters hingewiesen wurde, zu schreiben; ferner wurde ein Flugblatt beschlossen, das auch schon drei Tage später verteilt werden konnte. Für den 14. Januar sollte zu einer Gegenkundgebung direkt am Saalbau aufgerufen werden. Dieser Beschluß wurde einmütig gefaßt, obwohl zu der Zeit schon feststand, daß die „Falken“ sich gegen eine Kundgebung entschieden hatten. Schließlich wurde beschlossen, für den 10. Januar zur Gründung einer Aktionseinheit aufzurufen und dazu alle Mitglieder des Antifaschistischen Arbeitskreises und alle Organisationen einzuladen. Dieser Termin wurde auch durch Flugblätter und die Presse bekanntgegeben. Aber noch bevor es zu dieser Versammlung kam, überstürzten sich auf einmal die Ereignisse.

Am 5. Januar kündigte die DGB-Jugend, offenbar angespitzt durch die SDAJ, eine Protestdemonstration an. Am selben Tag erschien in der Zeitung, als Reaktion auf einen offenen Brief an den OB, die erste Stellungnahme der städtischen Behörden. Sie lautete: „Der ,Deutsche Freundeskreis' trifft sich hier jedes Jahr einmal, bleibt unter sich und sorgt selbst für einen ruhigen Ablauf seiner Versammlung.“ Und auch, „wenn Rudel dabei“ sei, läge „kein Grund vor, den Saalbau nicht an den ,Deutschen Freundeskreis' zu vermieten“. Diese Stellungnahme stieß natürlich bei den Antifaschisten auf große Empörung. Am nächsten Tag wurde das Flugblatt des Arbeitskreises verteilt. Am 8. Januar und am 10. waren mehrere Leserbriefe in der Zeitung, unter anderem auch von SDAJ und VVN, sowie vom Antifaschistischen Arbeitskreis.

Der „Deutsche Freundeskreis“ drohte dem DGB-Kreisvorsitzenden mit Strafanzeige, weil dieser ihn als neonazistische Organisation bezeichnet hatte. Am 10. Januar, als abends die Aktionseinheitsversammlung sein sollte, stand dann auch eine „letzte Meldung“ in der Zeitung. Der Oberbürgermeister erklärte, er wisse aus zuverlässiger Quelle, daß die Naziveranstaltung nicht stattfinden würde. Juristisch hätte die Stadt allerdings keine Handhabe gehabt. Offensichtlich war den Herrschaften (Nazis und Stadt) der Boden zu heiß geworden.

Am Abend versammelten sich ca. 80 Menschen, darunter Vertreter verschiedener Organisationen. Es wurde eine von der Wattenscheider Initiative gegen die NPD-Zentrale hergestellte Ausstellung über den Faschismus gezeigt. Nachdem der Abend vom Antifaschistischen Arbeitskreis mit einem Referat eröffnet worden war, schwang die DKP zunächst das große Wort. Sie hätten schon eine Demonstration für den 13. 1. (Samstag) und eine Kundgebung für den 14. 1. direkt am Saalbau angemeldet, um die Nazi-Veranstaltung „mit friedlichen Mitteln“ zu verhindern. Anschließend sprach ein Vertreter der Jusos, der die Versammlung regelrecht zu erpressen versuchte. Sie könnten nur mitmachen, wenn gesichert wäre, daß es zu keinerlei Gewalt kommen würde, und dann brachte er noch Gerüchte auf, aus Frankfurt würden „Chaoten“ anreisen und so weiter. Wie denn der Antifaschistische Arbeitskreis Zwischenfälle verhindern wolle? Über dieses Vorgehen der Jusos waren viele der versammelten Antifaschisten sehr empört. Nicht so die DKP. Obwohl sie sogar schon Flugblätter fertig gedruckt mitgebracht hatte, auf denen zur Kundgebung aufgerufen wurde — kaum war die Stellungnahme der Jusos erfolgt, kaum hatten sich auch die Falken gegen eine Kundgebung ausgesprochen — schon machte die DKP die Kehrtwendung um 180 Grad. Die Kundgebung sei ja auch gar nicht wichtig, man solle sich doch erstmal auf eine Demonstration am 13. 1. einigen.

Ergebnis der Versammlung: Die Kundgebung wird mit den Stimmen der reichlich anwesenden Revis mit 40 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Diese Abstimmung fand vorsorglich statt, weil viele nicht so recht glauben wollten, daß die Nazis wirklich kommen würden. Man einigte sich dann auf eine Demonstration am 13., unabhängig davon, ob die Nazi-Veranstaltung sein würde oder nicht. Es wurden ganz gute gemeinsame Parolen festgelegt.

An der Demonstration beteiligten sich ca. 300 bis 400 Menschen. Für Recklinghausen ist das eine große Zahl, wenn man bedenkt, daß der aktuelle Anlaß weggefallen war. Denn am Morgen der Demonstration konnte man in der Zeitung folgendes lesen: „Die für den 14. 1. im Saalbau geplante Veranstaltung des ,Deutschen Freundeskreises' fällt aus... Der Freundeskreis selbst teilte zur Begründung mit: ... Wir können nicht verantworten, daß möglicherweise Versammlungsbesucher von Gegendemonstranten mißhandelt werden.“

Das ist wirklich ein großer Erfolg, und man sieht, wovor die Nazis und auch die Stadt, die sich mit den Nazis offenbar geeinigt hatte, Angst hatten: vor der Kundgebung am Saalbau. Die Ablehnung dieser Kundgebung durch Jusos, DKP etc. war somit direkt eine Unterstützung der Nazi-Veranstaltung. Sie konnte aber nicht mehr wirksam werden, weil die Bewegung schon zu weit fortgeschritten war. So war unter den bei der Versammlung überstimmten Befürwortern der Kundgebung per Mundpropaganda sofort klargewesen, daß man sich, falls die Nazi-Veranstaltung stattfindet, auf jeden Fall am Saalbau trifft, dann eben ohne Jusos und DKP! Ja, auch nach der offiziellen Absage in der Zeitung durch die Nazis selbst sind noch eine ganze Reihe Antifaschisten entschlossen gewesen, am Sonntag gucken zu gehen, ob sich auch wirklich keine braunen Banden am Saalbau herumtreiben. Das zeigt wirklich die Kampfbereitschaft dieser zum großen Teil unorganisierten jungen Leute, aber auch ihr Mißtrauen in die städtischen Behörden, die sich ja für das Nichtstattfinden verbürgt hatten. Man glaubte ihnen nicht.



Demonstration der Antifaschisten in Recklinghausen am 13. Januar

Demonstration der Antifaschisten in Recklinghausen am 13. Januar

„Wie gefährliche Verbrecher...“

Volkskorrespondenz aus Düsseldorf

Dienstag, 9. Januar, kurz vor 9 Uhr: Der Saal A 281 des Düsseldorfer Landgerichtes ist hermetisch abgeriegelt. Alle Zugangsflure zum Gerichtssaal sind von Polizisten und Justizbeamten abgesperrt. Prozeßbeobachter müssen sich ausweisen. Namen und Adressen werden notiert.

Worum geht es hier? Findet hier ein Prozeß gegen gefährliche Terroristen statt? — Nein. — An diesem Tag beginnt der Berufungsprozeß gegen drei Studenten der Fachhochschule, die nach Auffassung der Staatsanwaltschaft für den Nachdruck des Buback-Nachrufes in der Fachschaftszeitung „Die Lupe“ verantwortlich sein sollen.

Soweit ist es in diesem Staat also schon gekommen: Junge Leute, die zum Tode Bubacks eine andere Stellungnahme veröffentlichen, als es die gleichgeschaltete bürgerliche Presse tut, werden nicht nur vor Gericht gestellt, sie werden auch behandelt wie gefährliche Verbrecher. Und genauso behandelt man die Prozeßbesucher, die aus Solidarität mit den Angeklagten hierher gekommen sind.

Diese strengen „Sicherheitsmaßnahmen“ seien nämlich deshalb notwendig, weil mit dem Auftreten von „Störern“ gerechnet werden müsse, erklärte der Strafkammervorsitzende. So waren denn auch im Gerichtssaal acht der 26 Plätze von bewaffneten Zivilpolizisten besetzt.

Der Antrag der Verteidiger, diese Polizisten aus dem Saal zu verweisen, wurde abgelehnt. Auf die Frage, ob die Polizisten bewaffnet seien, mochte der Richter sich nicht äußern, gab es wenig später indirekt aber doch zu, als er die Polizisten — wohl aus Angst vor ihrem allzu großen Diensteifer — anwies, von der Waffe keinen Gebrauch zu machen.

„Schaffen Sie sich ein behindertes Kind an“

Volkskorrespondenz aus Münster

Es hat sich bereits herumgesprochen, daß trotz Lehrermangels an den Schulen viele Lehrer arbeitslos sind, weil der Staat zu wenig Planstellen für Lehrer bereitstellt.

Das Land Nordrhein-Westfalen „begegnet“ der Lehrerarbeitslosigkeit folgendermaßen: Nach dem zweiten Staatsexamen ist man zunächst vier Monate arbeitslos. Dann bekommt man für sechs Monate einen 14-Stunden-Vertrag (statt 28 Stunden), wobei das Gehalt natürlich auch halbiert wird. Nach diesen sechs Monaten bekommt man einen auf drei Jahre befristeten Vertrag mit 18 Stunden, wobei dann auch nur zwei Drittel des normalen Gehalts ausgezahlt werden. Was dann kommt, ist völlig ungewiß.

Dabei werden die Lehrer dorthin gesteckt, wo sie gerade gebraucht werden, auch Familien werden dabei auseinandergerissen. Eine Kollegin von mir sollte weit weg von Münster, obwohl sie hier verheiratet ist, ihr Mann hier arbeitet und sie zwei Kinder hat. Sie ging deshalb zum Regierungspräsidenten, um sich zu beschweren.

Darauf der zuständige Beamte: „Schaffen Sie sich ein behindertes Kind an, dann kommen Sie sofort nach Münster zurück.“

Kommentar überflüssig!



Schüler und Lehrer demonstrieren gemeinsam dagegen, daß in Gelsenkirchen im Oktober 1978 weitere 130 Lehrer nicht in den Schuldienst eingestellt wurden.

Veranstaltungskalender

Veranstaltungen der Gesellschaft der Freunde Albaniens, Ortsgruppe Hildesheim:

Donnerstag, 15. 2. 1979: Albanische Malerei im Stil des sozialistischen Realismus um 20 Uhr im „Haus der Jugend, Steingrube, Raum 10.

Antifaschistischer Aktionstag vom Jugendzentrum Südring, mit der Antifa-Gruppe Moers

28. 1. 79: 11 Uhr Frühschoppen, 16 Uhr Veranstaltung, beides im Jugendzentrum Südring, Moers

Fackelzug

anläßlich der Machtergreifung des Hitler-Faschismus vor 46 Jahren
Treffpunkt: 30. 1. 79, 11.30 Uhr, Jugendzentrum Südring. Abmarsch 18 Uhr.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
○ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Januar im Bild





Zum Jahreswechsel feierte die KPD/ML den 10. Jahrestag ihrer Gründung und den 60. Jahrestag der Gründung der KPD. Dazu fanden in mehreren Städten Westdeutschlands sowie in Westberlin Parteiveranstaltungen statt, auf denen auch der erfolgreiche Abschluß des IV. Parteitages der KPD/ML bekanntgegeben wurde. Die Bilder zeigen die Veranstaltung in Frankfurt sowie den Genossen Ernst Aust auf der Veranstaltung in Hamburg.



Nach sechs Wochen Arbeitskampf ließen sich die Führer der IG Metall auf einen faulen Kompromiß mit den Stahlkapitalisten ein, der keinen Einstieg in die 35-Stunden-Woche brachte. Wiederholt zogen empörte Kollegen nach Mülheim, um ihrem Protest gegen die Kompromißpläne Nachdruck zu verleihen.



Die verhängnisvolle Schwerpunktstreiktaktik der IGM-Bonzen hat die Kampfkraft vieler Stahlbelegschaften brachliegen lassen. Bei Klöcknër in Bremen mußten die IGM-Bonzen dennoch ein Streikzelt aufbauen, lange bevor Klöckner dann doch noch in den Streik einbezogen wurde.



Sowohl im Dezember als auch im Januar fanden in vielen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin Demonstrationen gegen das faschistische Schah-Regime statt, obwohl diese Demonstrationen überall von vornherein verboten wurden.



Gegen brutale Polizeieinsätze setzten die Demonstranten ihre Solidarität mit dem kämpfenden iranischen Volk durch. Unsere Bilder: links eine Demonstration in Hamburg, wo es auch zu Kämpfen mit der Polizei kam; rechts eine Demonstration in Westberlin.



An den Schulen wächst der Widerstand gegen die reaktionäre „Allgemeine Schulordnung" (ASchO), in vielen Fällen wurden Aktionen und Streiks durchgeführt.



Ihr Werk besetzt halten nun schon über zehn Wochen lang die Kollegen von Beker-Chemie in Brake/Wesermarsch, um die Weiterbeschäftigung aller 108 Kollegen durchzusetzen. Unser Bild: Der Abtransport eines Gabelstaplers wird verhindert. Keine Maschine verläßt das Werk!

Der Schah ist geflohen

Der persische Schah, einer der blutigsten Despoten unserer Tage, hat sich abgesetzt. Heimlich, über Nacht, ist er vor dem gerechten Zorn des Volkes geflohen, das er über Jahrzehnte mit mörderischer Gewalt unterjocht hatte. Die Flucht des Henkers Reza Pahlewi ins Ausland ist ein großer, ein historischer Sieg des iranischen Volkes.



Im ganzen Land werden die Schah-Denkmäler gestürzt

Ein Jahr ist jetzt vergangen, seitdem mit den gewaltsamen Demonstrationen in der Stadt Qom die revolutionäre Erhebung des iranischen Volkes begann. Welle auf Welle, in immer größerem Umfang sind die Massen gegen das faschistische Regime und seine amerikanischen Hintermänner angestürmt. Sie haben hohe Blutopfer in diesem Kampf bringen müssen. Niemand kann genau sagen, wie hoch die Zahl der seit dem letzten Januar Hingemordeten ist, aber sicher sind es Zehntausende. Panzer, Maschinengewehre und Bombenflugzeuge hat der Schah gegen die Volksmassen eingesetzt, um sein Regime an der Macht zu halten.

Jetzt, wo das Volk den Henker aus dem Land gejagt hat, sind auch diejenigen von ihm abgerückt, die ihm bei seinen Mordtaten die Hand geführt haben. Der Schah sei heute „keine Schlüsselfigur" im Iran mehr, erklärte Carters Außenminister Vance bündig. Die amerikanischen Imperialisten haben vor 25 Jahren die nationalbürgerliche Regierung Mossadegh im Iran gestürzt. Sie haben Reza Pahlewi an die Macht geputscht und als ihren Statthalter eingesetzt. Jetzt lassen sie ihn fallen, lassen sie ihn seine zusammengeraubten Milliarden im Ausland verprassen und suchen sich eine neue „Schlüsselfigur". So einfach ist das also.

Aber die iranischen Werktätigen und alle diejenigen, die heute mit tiefer Sympathie ihren Befreiungskampf verfolgen und unterstützen, werden nicht vergessen: das finstere und blutrünstige Regime des Schahs war eine Schöpfung des amerikanischen Imperialismus. Die Verantwortlichen für seine Verbrechen gegen das Volk saßen nicht nur in den Palästen und Kasernen Teherans, sondern auch in den Chefetagen der amerikanischen Monopole, im Pentagon und im Weißen Haus. Die Generäle des Schahs haben geschossen und gebombt im Auftrag und auf Befehl der amerikanischen Militärberater, der Diplomaten Washingtons, um die Herrschaft des USA-Imperialismus über den Iran aufrechtzuerhalten.

Wir werden auch nicht vergessen, daß der Despot auf dem Pfauenthron immer auf die Hilfe seiner Freunde aus Bonn rechnen konnte. Da war der ehemalige Bundeskanzler Brandt, der sich persönlich an den Hof des Schahs begab, um sich vor dem Henker in aller Demut dafür zu entschuldigen, daß westdeutsche Werktätige es gewagt hatten, den Schah durch ihre Demonstrationen zu beleidigen. Mit ihrer widerwärtigen Geste wurde das Eindringen der westdeutschen Monopole in den Iran erleichtert. Brandts Nachfolger Schmidt gab grünes Licht für die Bewaffnung der Teheraner Faschisten — vom Kriegsschiff bis zu Handschellen. Und im vergangenen Jahr, als der Kampf der Volksmassen zum Sturz der Diktatur schon in voller Stärke entbrannt war, eilten nacheinander der Bundespräsident Scheel und der Wirtschaftsminister Lambsdorff in den Palast des Henkers, um ihn der Unterstützung Bonns zu versichern.



Im Hauptquartier des Savak (iranischer Geheimdienst) wurde dieser elektrische Stuhl in einer der Folterkammern entdeckt; an ihm klebten noch menschliche Fleisch- und Knochenreste

Ein genauso abstoßendes Bild boten die östlichen Machthaber. Es ist doch bezeichnend, daß jetzt — nach der Vertreibung des Schahs — das erste Mal überhaupt ein Artikel in der sowjetischen Presse erscheint, in dem das Regime Reza Pahlewis als „tyrannische Diktatur" bezeichnet wurde. Früher konnte Breschnew nicht oft genug die „guten Beziehungen" zu den Faschisten in Teheran hervorheben. In seinem Machtbereich wurde der Schah auf seinen Reisen mit Pomp empfangen, mit Orden überschüttet. Die Kreaturen Moskaus in Prag setzten dem Henker und seiner Frau sogar einen Ehrendoktorhut auf — „für ihre Verdienste". Welcher Art diese Verdienste waren, blieb wohlweislich ungenannt.

So wie in Westdeutschland Polizisten auf Anti-Schah-Demonstranten einprügeln, so stürmte auch in Ostberlin die sogenannte Volkspolizei im vergangenen Jahr die iranische Botschaft und verhaftete persische Patrioten, die dort ihren Protest gegen die Massaker des Schah-Regimes zum Ausdruck brachten.

In ihrer Gier, an der Ausplünderung der Reichtümer des Irans teilzuhaben, verbündeten sich auch die Kremlherren und ihre Vasallen mit dem Schah. Er gab ihnen weitgehende Verfügungsgewalt über die iranischen Erdgasquellen, also stützten sie ihn auf jede erdenkliche Art gegen die Erhebung des Volkes. Und natürlich durften in diesem Reigen auch die Pekinger Führer nicht fehlen, die schon seit Jahren die besten Beziehungen zum Hof von Teheran unterhalten und denen es vorbehalten war, den Despoten Reza Pahlewi auch noch zum Vorkämpfer der „Dritten Welt" zu machen.

Der Schah ist geflohen. Aber die ausländischen Mächte, die ihn solange an der Macht gehalten haben, schmieden weiter ihre verbrecherischen Pläne gegen das iranische Volk. Die amerikanischen Imperialisten haben mit dem jetzigen Regierungschef Bakhtiar eine neue „Schlüsselfigur" gefunden. Durch seinen Mund haben sie erst in der vergangenen Woche wieder einen Militärputsch für den Fall angedroht, daß sich die Ereignisse im Iran nicht in ihrem Sinne entwickeln. Und auch die sowjetischen Imperialisten verstärken ihrerseits ihre Anstrengungen, auf die Kämpfe im Iran Einfluß zu nehmen.

Das iranische Volk jedoch hat vom Beginn seiner revolutionären Erhebung an in seinen Forderungen und Kampfparolen klargemacht, daß es nicht nur für den Sturz der faschistischen Diktatur, sondern auch für die Beseitigung der imperialistischen Herrschaft in den Kampf getreten ist. Deshalb ist der Kampf mit der Flucht des Schahs noch lange nicht beendet. Er richtet sich heute mit der gleichen Wucht gegen das proamerikanische Regime Bakhtiar.

„Ein bedeutendes Ereignis für das deutsche Proletariat und die Revolutionäre"

Anläßlich des IV. Parteitags und des 10. Jahrestags der Gründung der KPD/ML berichtete die albanische Presse ausführlich über die Entwicklung unserer Partei und die Arbeiten des Parteitags. In einem Artikel von „Zeri i Popullit" vom 31. Dezember unter dem oben genannten Titel, der den zehnjährigen Kampf unserer Partei würdigt, heißt es unter anderem: „Die albanischen Kommunisten und das ganze albanische Volk, geführt von der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze und erzogen im Geist des proletarischen Internationalismus, haben immer mit tiefer Sympathie den revolutionären Kampf und die Erfolge der Kommunistischen Partei Deutschlands/ML, des deutschen Proletariats und der werktätigen Massen verfolgt.

(...) Am 10. Jahrestag der Gründung der KPD/ML drükken die albanischen Kommunisten und das ganze albanische Volk ihr ihre wärmsten revolutionären und herzlichen Grüße aus, wünschen ihr neue, noch größere Siege für die gemeinsame Sache der Revolution und des Sozialismus, die weitere Stärkung der freundschaftlichen und brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien auf der Grundlage der Lehren des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus."

Streikwelle in Britannien

Am Anfang dieser Woche standen die britischen Lastwagenfahrer weiter im Streik für eine Erhöhung ihres Wochenlohns — von umgerechnet ca. 210 Mark auf 260 Mark — und für die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Versuche der Unternehmer und der Regierung, mit allen Mitteln diesen Streik zu brechen, haben in der vergangenen Woche ein Todesopfer gefordert.

Vor einem Treibstofflager im schottischen Aberdeen wurde ein Streikposten von einem Streikbrechertransport überrollt und tödlich verletzt. Seitdem die Lastwagenfahrer vor etwa drei Wochen ihren Kampf aufgenommen haben, überschlagen sich die bürgerlichen Propagandaorgane in ihrer Hetze gegen den Streik. Ihr Ziel ist es, die britischen Werktätigen gegen die Lastwagenfahrer aufzubringen und ihren Kampf als gegen die Bevölkerung gerichtet hinzustellen. Diese Hetze jedoch hat ihnen den gewünschten Erfolg nicht eingebracht.

So solidarisierten sich die Docker in den britischen Seehäfen mit den Lastwagenfahrern. Gemeinsam mit den Posten der Streikenden haben sie erreicht, daß alle Hafenbetriebe faktisch stillgelegt wurden und der gesamte Außenhandel zum Erliegen kam. Fliegende Streikposten der Lastwagenfahrer sind auch vor den großen Industriebetrieben aufgezogen, die zumeist eigene Fuhrparks haben, deren Beschäftigte nicht in den Streik einbezogen sind. Auch die Fahrer der meisten Großbetriebe solidarisierten sich mit dem Arbeitskampf und weigerten sich, angesichts der Streikposten vor den Toren, ihre Arbeit aufzunehmen.

Der Streik der Lastwagenfahrer hat die britischen Kapitalisten in allen Bereichen empfindlich getroffen. Die großen Konzerne wie etwa ICI oder British Leyland mußten ihre Produktion zum Teil erheblich einschränken. Ein zusätzlicher Schlag für sie war die Tatsache, daß sich auch die Lokomotivführer in der vergangenen Woche in die Streikfront einreihten und an zwei Tagen im ganzen Land die Arbeit niederlegten.

An diesem Montag sind zudem 1,5 Millionen Werktätige im öffentlichen Dienst — von den Müllfahrern bis zu den Krankenpflegern — in einen 24stündigen Streik getreten, um ihren Lohnforderungen Nachdruck zu verleihen. Die Lokomotivführer haben neue Aktionen angekündigt, und auch die Bergarbeiter erklärten ihre Entschlossenheit zum Streik. In dieser Situation ist in der vergangenen Woche das britische Parlament zusammengetreten. Regierungschef Callaghan drohte wieder massiv mit dem Einsatz der Armee, um den Streik der Lastwagenfahrer zu brechen. In Nordirland hatte die Regierung schon vor zwei Wochen den Notstand ausgerufen und Soldaten als Streikbrecher gegen den Arbeitskampf der Tankwagenfahrer eingesetzt.



LkwFahrer richten am Hafen von Southhampton einen Streikposten ein

In Britannien wird heute davon gesprochen, daß die gegenwärtige Streikwelle die härteste Kampfaktion der Arbeiter seit 1974 ist. Damals mußte aufgrund des großen Streiks der Bergarbeiter die britische Industrieproduktion auf drei Tage in der Woche eingeschränkt werden. Der Streik war auch der unmittelbare Anlaß für den Sturz des damaligen konservativen Regierungschefs Heath. Seine Nachfolger, die von der sozialdemokratischen Labour-Partei gestellt wurden, handelten mit den reaktionären Gewerkschaftsbonzen einen Stillhalte-Pakt aus, in dem die Gewerkschaften zur „Zurückhaltung" im Lohnkampf verpflichtet wurden. Von Anfang an haben die britischen Werktätigen diesen reaktionären Pakt mit aller Entschlossenheit bekämpft, und im letzten Sommer mußte aufgrund des starken Drucks von der Basis der Pakt von den Gewerkschaftsführern gekündigt werden. Aber trotzdem hält die britische Regierung auch nach der Aufkündigung des Pakts an einer Lohnleitlinie von 5 Prozent fest.

Die britischen Arbeiter jedoch sind nicht bereit, eine solche Begrenzung, die für sie eine Senkung des Reallohnes bedeuten würde, hinzunehmen. Im letzten Herbst haben schon die Ford-Arbeiter in einem zwei Monate dauernden Streik Lohnerhöhungen von etwa 7 Prozent erkämpft. Die Streiks der Lastwagenfahrer und der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden die 5-Prozent-Linie weiter durchbrechen.

Protest gegen das Kriegsrecht in der Türkei



Militärische Kontrollaktion in der Türkei

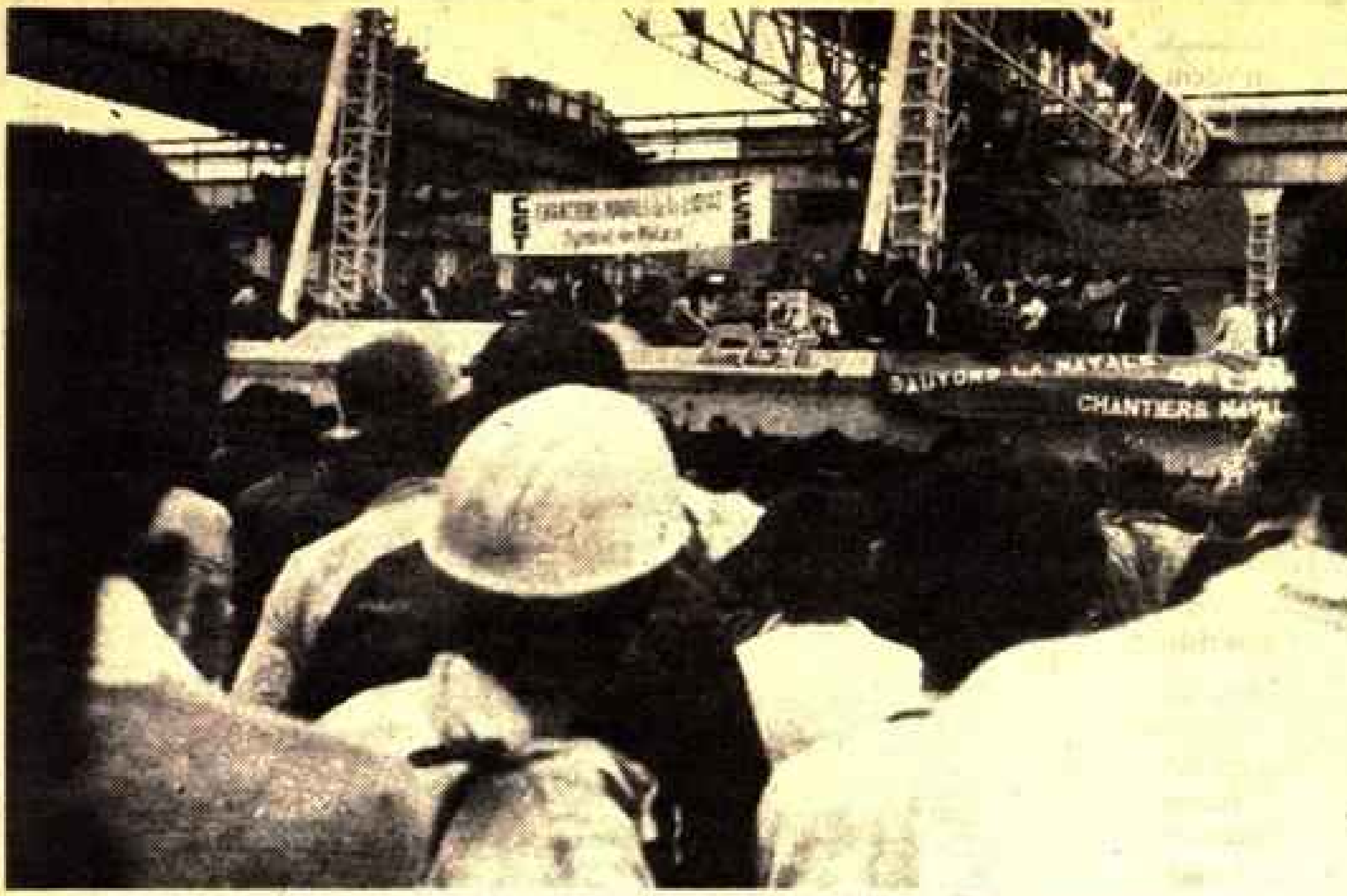
Seit Wochen schon ist über mehrere Provinzen der Türkei das Kriegsrecht verhängt, das es den Militärkommandanten ermöglicht, mit offenem Terror gegen die Werktätigen und ihre Organisationen vorzugehen. Zum Anlaß für die Verhängung des Kriegsrechts hat die Regierung der Türkei das faschistische Massaker von Maras (Karamanmaras) genommen. (Der „Rote Morgen" berichtete darüber). Aus der Türkei erreichte uns eine Erklärung der Föderation der patriotischen revolutionären Jugendvereine, in der es unter anderem heißt:

„Die Verhängung des Ausnahmezustandes ist ein neuer und großer Angriff gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten, welches unser Volk im Kampfe auf Leben und Tod sich erworben hat.

Die Kriegsrechtskommandanten haben, um den herrschenden Klassen ‚Ruhe' zu schaffen, ihre ersten Schritte getan, indem sie Sondergerichte gebildet, die Organe der Presse und des Rundfunks unter Kontrolle gesetzt, der Zensur unterworfen und alle Tätigkeiten der Vereine wie Versammlungen, Demonstrationen und Protestkundgebungen verboten, für diese Tätigkeiten als Bedingung einen Genehmigungsantrag gestellt haben. Unser Volk jedoch weiß vom 12. März (der Militärputsch vom 12. März 1971), worauf solche Maßnahmen in Wirklichkeit abzielen und wohin sie führen. Die Arbeiterklasse und das werktätige Volk der Türkei erinnert sich noch ganz genau daran, was passiert ist, als am 12. März die türkische Armee ‚im Rahmen der gesetzmäßigen Verfassung zur Übernahme der Regierung' aufgerufen wurde. Das Ergebnis: Konter-Guerilla, Folterzentren, uniformierte Folterknechte, volksfeindliche Sondergerichte, unter Aufsicht von bewaffneten Soldaten und der Überwachung von Offizieren ‚Tarifverträge'.

Wir als die **Föderation der patriotischen revolutionären Jugendvereine (YDGF)** werden alles daran setzen, um unsere gewonnenen demokratischen Rechte und Freiheiten zu verteidigen. Wir werden mit Entschlossenheit an diesem Standpunkt festhalten. Wir werden den Kampf für diese Rechte und Freiheiten noch mehr verstärken und ihn in den Massen verbreiten.

Wir rufen alle fortschrittlichen, revolutionären Vereine und Organisationen auf, die Angriffe und Verbrechen der faschistischen Diktatur in Kahramanmaras zu protestieren, die Wahrheit über den verhängten Ausnahmezustand aufzudecken und dagegen Haltung einzunehmen."



Französische Stahlkocher demonstrieren gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze

Neue Kampfaktionen der französischen Stahlarbeiter

Am 12. Januar ruhte in den großen Stahlwerken Lothringens und auch in den meisten anderen Betrieben der ostfranzösischen Region die Arbeit. Der Streik war verbunden mit Kundgebungen und Demonstrationen der Werktätigen. Dieser Aktionstag am 12. war ein Bestandteil eines Kampfes, den die französischen Stahlwerker und ihre Kollegen aus anderen Bereichen gegen einen beispiellosen Rationalisierungsfeldzug der Stahlbarone und des Staates führen.

Mitte Dezember hatte der Stahlkonzern Sacilor die geplante Entlassung von 8.500 Arbeitern bestätigt. Wenig später verkündeten die Herren von Usinor-Châtillon: bis 1980 werden 12.000 Kollegen auf die Straße fliegen. Damit wäre jeder vierte Beschäftigte des Konzerns von der Entlassung betroffen. Und das sind nur **vorläufige** Zahlen. Schon heute wird in Frankreich offen darüber gesprochen, daß zu den im Dezember bekanntgegebenen Zahlen noch weitere 20.000 Stahlarbeiter in den nächsten Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren sollen.



Diese geplanten Massenentlassungen sind ein Teil des Plans, mit dem die französischen Stahlbarone ihre Profite auf dem Rücken der Arbeiter sanieren, mit dem sie ihren Rückstand gegenüber der ausländischen Konkurrenz — vor allem der westdeutschen — aufholen wollen. Im vergangenen Jahr wurden die Stahlkonzerne zu drei großen Staatsholdings zusammengefaßt. Der kapitalistische Staat kontrolliert jetzt 60 Prozent der Stahlindustrie des Landes. Und rücksichtslos gehen die Stahlbarone und ihre Erfüllungsgehilfen in der Regierung daran, die ganze Branche in ihrem Sinne „gesundzuschrumpfen". Das bedeutet: Die älteren Werke in Lothringen und in der Gegend von Valenciennes, in denen heute noch der größte Teil des Stahls hergestellt wird, werden nach und nach stillgelegt. Die Produktion wird in wenigen Betrieben an der Mittelmeer- und Kanalküste konzentriert, wo mit neuen Anlagen und moderneren Produktionsmethoden ein besonders großer Profit aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden werden kann.

Zehntausende von Stahlarbeitern sind bei der Verwirklichung dieses Plans „zuviel" — so erklären es die Bosse mit zynischer Offenheit. Zehntausenden Arbeiterfamilien wird die Existenzgrundlage genommen, damit die Profite der Stahlbarone wieder stimmen. Denn von Usinor oder von Sacilor auf die Straße geworfen werden — das bedeutet für die meisten Kollegen, zur Dauerarbeitslosigkeit verdammt zu sein. Lothringen zum Beispiel, eines der traditionellen Industriereviere Frankreichs, ist schon seit Jahren besonders schwer von der kapitalistischen Krise betroffen. Nicht nur bei Stahl, auch in den anderen Bereichen — wie im Eisenerz- und Kohlebergbau und in der Textilindustrie — sind immer mehr Betriebe stillgelegt, Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichtet worden.

In der Stadt Longwy etwa, wo ein Werk von Usinor mit 7.000 Beschäftigten geschlossen werden soll, wird im nächsten Jahr jeder vierte Werktätige arbeitslos sein. Longwy war in den vergangenen Wochen auch ein Zentrum des Kampfes gegen den Feldzug der Stahlbarone. Im Dezember legten in allen Betrieben der Stadt die Kollegen für einen Tag die Arbeit nieder. An machtvollen Protestkundgebungen beteiligten sich 30.000 Werktätige. Kollegen von Usinor besetzten einen Teil des Werksgeländes und brachten auf der Schlackenhalde mit Glühbirnen die Leuchtschrift „SOS" an. Die Arbeiter bauten auch einen illegalen Sender, der Kampfaufrufe ausstrahlt und bis heute nicht von der Polizei aufgespürt werden konnte.

Auch in der Gegend von Valenciennes wurden in den letzten Wochen mehrere machtvolle Protestdemonstrationen durchgeführt. Im Dezember besetzten über tausend Arbeiter für mehrere Tage die Verwaltungszentrale von Usinor. Im Januar wurden die Handelskammern in Valenciennes und Denain von empörten Stahlwerkern besetzt.

Mit Sympathie verfolgten die französischen Stahlarbeiter den großen Streik ihrer westdeutschen Kollegen. Der machtvolle Arbeitskampf an Rhein, Ruhr und Weser zeigte ihnen, daß die Stahlwerker diesseits und jenseits der Grenze den gleichen schweren Angriffen der Kapitalisten ausgesetzt sind. Die französischen Stahlbarone und ihre Handlanger haben schon immer versucht, die Kollegen im Nachbarland gegen die deutschen Stahlarbeiter auszuspielen. So zum Beispiel, indem sie erklärten, bei uns würde doch nie gestreikt und die französischen Arbeiter würden sich mit ihren Kämpfen ins eigene Fleisch schneiden, weil sie damit nur die westdeutsche Konkurrenz stärken würden. Die westdeutschen Stahlarbeiter hätten das besser begriffen, sie würden den Arbeitsfrieden wahren usw.

Diese Lügen wurden durch den Streik nachhaltig zerrissen. In Parolen wie „Aktionseinheit mit unseren Kameraden an der Ruhr!" brachten die kämpfenden Stahlwerker Frankreichs ihren Wunsch zum Ausdruck, den Angriffen der Monopolherren, ihrer Regierungen und der EG-Behörden gemeinsam entgegenzutreten. Aber weder in Frankreich noch in unserem Land haben die Gewerkschaftsführer — trotz ihrer Bekundungen zur internationalen Solidarität — wirkliche Schritte unternommen, um eine solche Einheit, wie sie von den Arbeitern gewünscht wird, herzustellen. So konnten die französischen Stahlwerke während des Streiks auch ungehindert Streikbrucharbeiten unternehmen und zum Beispiel im großen Umfang zusätzlich Stahlbleche nach Westdeutschland exportieren.

In den Kämpfen der letzten Monate ist auch in Frankreich die Forderung nach der 35-Stunden-Woche immer lauter geworden. Die Gewerkschaften haben jetzt die Einführung einer zusätzlichen fünften Schicht im Conti-Schicht-Betrieb gefordert. Und wie bei uns sträuben sich auch in Frankreich die Stahlbarone mit Händen und Füßen gegen jede Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. So stehen auch die französischen Stahlarbeiter vor neuen schweren Kämpfen zur Durchsetzung ihrer gerechten Forderungen.

Kommunistische Partei Dänemarks / Marxisten-Leninisten gegründet

Ende Dezember wurde in unserem nördlichen Nachbarland die Kommunistische Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten gegründet. Auf ihrem I. Parteitag verabschiedeten die dänischen Genossen Programm und Statut und wählten das 1. Zentralkomitee der DKP/ML. Die dänische Arbeiterklasse verfügt nun wieder über eine wahrhaft marxistisch-leninistische Vorhutpartei.

Die jetzt erfolgreich abgeschlossene Gründung der DKP/ML ist das Ergebnis langer prinzipienhafter Anstrengungen der dänischen Genossen um die Einheit der Marxisten-Leninisten. In dem Kommuniqué ihres Gründungskongresses bekräftigt die Partei ihr Ziel, die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten im Kampf für ein sozialistisches Dänemark zusammenzuschließen. Sie erklärt ihren festen Willen, die Sozialistische Volksrepublik Albanien gegen alle Feinde der Revolution zu verteidigen und verurteilt entschieden alle Spielarten des Revisionismus, einschließlich des chinesischen, dem die sogenannten Mao-Tse-tung-Ideen zugrunde liegen.

Über die Lage in Dänemark heißt es in dem Kommuniqué unter anderem: „Der I. Parteitag stellte heraus, daß auch das kapitalistische und imperialistische Dänemark wirtschaftlich, politisch, ideologisch auf allen Gebieten in einer tiefen Krise steckt. Ein bleibendes Arbeitslosenheer von Hunderttausenden, ein ständiges Ansteigen der Steuern und der Inflation, die zunehmende Ausbeutung und die Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Arbeiterklasse und die breiten Massen, Bedingungen, unter denen die Älteren brutal beiseitegeschoben werden und die Jungen keine Hoffnung auf Arbeit haben, wo die Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen sich zunehmend verschärft — all das zerstört immer mehr das Märchen von der sogenannten Wohlfahrtsgesellschaft.

Die ständigen Regierungskrisen sind ein Ausdruck der sich verschärfenden kapitalistischen Krise, die wechselnden bürgerlichen Konstellationen sind ein Zeichen für die verzweifelten Versuche, die kapitalistischen Profite zu sichern, die Lasten der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen und das kapitalistische System zu retten. Der kapitalistische Staat fährt als Mitglied des aggressiven NATO-Blocks fort, den Militärhaushalt zu erhöhen. Zur gleichen Zeit, wo die Bourgeoisie auf verschiedene Weise alle Arten revisionistischer Theorien und Organisationen zu stärken versucht, bereitet sie auch den Faschismus vor, die offen terroristische Diktatur des Finanzkapitals.

Die Rolle der Sozialdemokratie als derjenigen Partei, der die Bourgeoisie die Verwaltung ihrer Staatsmacht anvertraut, wird den klassenbewußten Arbeitern immer klarer. Trotz der Demagogie und der Gewalttätigkeit des Kapitalismus und seines Staates erheben sie sich in immer breiterem Umfang zum Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrükkung.

Die reaktionäre imperialistische Bourgeoisie Dänemarks versucht die kolonialistische und neokolonialistische Ausplünderung und Unterdrükkung Grönlands und der Faröer-Inseln zu verstärken. Sie arbeitet daran, die EG zu stärken, die ein Instrument in den Händen des reaktionären westeuropäischen Monopolkapitals und der USA ist, ein Instrument gegen das Proletariat und die Völker.

Die DKP/ML bekämpft konsequent alle imperialistischen Bündnisse, sie verteidigt das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und legt einen besonderen Wert auf die Unterstützung des Kampfes der Völker von Grönland, Kaladtlit Nunat, und der Faröer-Inseln, Föroyar.

Die anwachsenden härter werdenden Kämpfe des Proletariats und seiner Verbündeten, die gekennzeichnet sind vom Einbeziehen immer neuer Schichten in den Klassenkampf, die immer deutlicher einen politischen Charakter annehmen und sich auch gegen die Renegaten und Verräter an der Sache des Proletariats richten, diese Kämpfe zeigen, daß auch das kapitalistische Dänemark letzten Endes zum Untergang verurteilt ist."

Arbejdere i alle lande og undertrykte folk, foren jer!

Arbejderen

Centralorgan for Danmarks Kommunistiske Parti/Marxister-Leninister

DKP/ML STIFTET

I SLUTNINGEN AF DECEMBER AFHOLDT DANMARKS KOMMUNISTISKE PARTI / MARXISTER-LENINISTER SIN FØRSTE KONGRES MED DELTAGELSE AF REPRÆSENTANTER FRA HELE LANDET.
KONGRESSEN VEDTOG EN BERETNING OMKRING GENSKABELSEN AF DET REVOLUTIONÆRE KOMMUNISTISKE

„Arbejderen", das Zentralorgan der DKP/ML

Grußadresse

des ZK der KPD/ML zur Gründung der DKP/ML

Liebe Genossen!

Mit großer Freude entbietet das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten dem 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten die herzlichsten brüderlichen Kampfesgrüße.

Die Gründung der Kommunistischen Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten ist ein bedeutendes Ereignis für die Arbeiterbewegung in Dänemark, und mit ihr tritt in Dänemark der Kampf für den Sieg der proletarischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in eine neue Etappe, denn die dänische Arbeiterklasse hat nun wieder eine wahre marxistisch-leninistische Vorhutpartei.

Die Gründung der DKP/ML wurde notwendig durch den Verrat der dänischen modernen Revisionisten am Marxismus-Leninismus und an den Interessen der Arbeiterklasse, insbesondere durch den Verrat der dänischen Vertreter des chinesischen Revisionismus, der KAP-Führer, die sich vollständig auf die Seite der Großmachtpolitik Chinas auf der Grundlage der reaktionären „Drei-Welten-Theorie" und des Imperialismus und gegen die Revolution und den Sozialismus gestellt haben. Gegen diesen Verrat haben die dänischen Marxisten-Leninisten einen prinzipienfesten Kampf zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus und der Revolution geführt, der auch von unserer Partei unterstützt wurde.

Liebe Genossen,

insbesondere freut es uns, daß es Euch gelungen ist, die beiden marxistisch-leninistischen Organisationen KS/ml und MLF zur Gründung der Partei zu vereinen. Mit der Verabschiedung Eures Programms wird der Parteitag Eurer Partei feste marxistisch-leninistische Grundlagen geben, die frei vom Einfluß der Mao-Tse-tung-Ideen sind. Mit ihrer Treue zum Marxismus-Leninismus und ihrer Ausrichtung auf die Interessen des Proletariats ist Eure Partei die wahre Erbin der großen revolutionären Traditionen der kommunistischen und Arbeiterbewegung Dänemarks und ihrer hervorragenden Vertreter, Trier und Petersen, der Freunde und Genossen von Engels und Lenin.

Es ist eine Freude für die KPD/ML, mit der Vorhutpartei der Arbeiterklasse in unserem Nachbarland Dänemark durch das gemeinsame Ideal und den gemeinsamen Kampf für die Revolution und den Sozialismus verbunden zu sein. In unseren beiden Ländern stehen wir in den sich verschärfenden Kämpfen vor großen Aufgaben, um die Arbeiterklasse uaf der Grundlage ihrer Klasseninteressen zusammenzuschliessen, die Klassenkämpfe des Proletariats und der übrigen Werktätigen zu führen und auf das Ziel der sozialistischen Revolution auszurichten und die Partei eng mit den Massen zu verbinden. Wir sind überzeugt, daß sich in unserem gemeinsamen Kampf gegen die beiden Supermächte, gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktion, gegen den Revisionismus und Opportunismus aller Schattierungen, für den Sieg der proletarischen Revolution, des Sozialismus und Kommunismus, für die Verteidigung der Diktatur des Proletariats in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien und für die Einheit mit der heroischen Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus immer enger gestalten werden.

Wir wünschen dem I. Parteitag der Kommunistischen Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten vollen Erfolg und sind sicher, daß Eure gesamte Partei die wegweisenden Beschlüsse des Parteitages entschlossen in die Tat umsetzen wird.

Es lebe die Kommunistische Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten!

Es leben die brüderlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Ruhm dem Marxismus-Leninismus!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

Kündigung verhindert!

Ich arbeite in einer Klinik, in der Alkoholiker behandelt werden. Kurz vor Weihnachten fand bei uns eine Betriebsversammlung statt, an der erstmals ein hauptamtlicher ÖTV-Sekretär teilnahm.

Im Frühjahr waren die Betriebsratswahlen gewesen, und es war ein mehrheitlich fortschrittlicher Betriebsrat gewählt worden. (Programmpunkte des Betriebsrats: Wir stimmen keiner Entlassung zu; keine Mauschelpolitik mit der Geschäftsleitung, sondern ständige Information der Belegschaft über die Betriebsratsarbeit usw.).

Ein wichtiges Thema der Betriebsversammlung war eine von der Geschäftsleitung geplante Entlassung. Es handelt sich hierbei um eine Kollegin, die sich vor 1 1/2 Jahren während ihrer Arbeit im medizinischen Labor der Klinik eine Gelbsucht geholt hat. — Im Labor haben es die Kolleginnen naturgemäß häufig mit dem Blut von Leberkranken zu tun, so daß die Gefahr der Ansteckung sehr groß ist. Die Kollegin konnte aufgrund ihrer Krankheit 1 1/2 Jahre nicht arbeiten.

Erst ein Jahr nach der Erkrankung wurde für sie von der Geschäftsleitung eine Vertretung, erst vorläufig, dann fest, eingestellt, ohne sich bei der kranken Kollegin zu erkundigen, ob und wann sie die Arbeit wieder aufnehmen wolle.

Als sie nun wieder gesund war und arbeiten wollte, versuchte die Geschäftsleitung ihr zu kündigen, da es im Labor nur Arbeit für zwei Kollegen gäbe. Da die Klinik auch noch einem auswärtigen Labor gegen Bezahlung Aufträge für Untersuchungen gibt, schlug der Betriebsrat vor, das Labor auf drei Kollegen auszuweiten.

Die Geschäftsleitung erarbeitete daraufhin eine Kalkulation mit dem Ergebnis, daß eine Ausweitung des Labors finanziell untragbar wäre — verweigerte dem Betriebsrat aber die Einsicht in die Kalkulation!!!

Der Betriebsrat brachte diese Schweinerei nun auf die Betriebsversammlung und wollte eine Resolution abstimmen lassen, in der das Vorgehen der Geschäftsleitung von den Kollegen verurteilt wird.

Sofort meldete sich der ÖTV-Sekretär zu Wort und laberte los: Die Betriebsversammlung sei nach dem BVG ein schwaches Organ, er habe rechtliche Bedenken gegen die Erörterung von Personalangelegenheiten auf einer Betriebsversammlung usw.; im Betriebsverfassungsgesetz stehe nichts von Resolutionen, die Betriebsversammlung sei dem Betriebsrat gegenüber nicht weisungsbefugt.

Nachdem er fertig war, meldete sich sein engster Vertrauter — ein DKPist — zu Wort und sagte, inhaltlich sei die Resolution ja gut, eine Resolution sei aber nur Papier, man würde mit ihr nichts erreichen. Die Kollegen bräuchten eine Kampforganisation, und die sei die Gewerkschaft, da sollten sie eintreten. Dann könnte man wie in der Metallindustrie einen Streik organisieren. Daher sei er gegen die Resolution.

Wir traten dieser hinter scheinradikalen Phrasen nur schlecht versteckten Abwiegelei entgegen. Wir sagten, die Resolution sei ein Akt der Solidarität der Belegschaft mit der Kollegin, und die Geschäftsleitung würde dann genau wissen, was die Belegschaft über ihr Vorgehen denke. Sollte dies nichts helfen, so könne man sich weitere Schritte überlegen.

Noch nicht einmal der DKPist traute sich, gegen die Resolution zu stimmen, und sie wurde bei nur zwei Gegenstimmen mit Mehrheit angenommen.

Inzwischen wird der Kollegin zumindest ein Arbeitsplatz im Pflegedienst der Klinik von der Geschäftsleitung als Ersatz angeboten. Dies bedeutet für sie von der Arbeitszeit her gesehen zwar einen Nachteil gegenüber dem Labor, ist aber dennoch als Erfolg hinsichtlich der Kündigungsdrohung zu werten.

Rot Front! Ein Genosse aus Frankfurt.



In Kürze erscheinen:

Programm der KPD/ML

PROGRAMM der KPD/ML



128 Seiten, Bestellungen an: Verlag Roter Morgen

Inhalt

I. Der Kapitalismus und der Imperialismus als sein letztes und höchstes Stadium
II. Der Charakter unserer Epoche und die wesentlichen Widersprüche in der heutigen Welt
III. Kommunismus und Sozialismus
IV. Deutschland im imperialistischen Weltsystem
V. Das kapitalistische System in Deutschland
VI. Die Klassen in Deutschland
VII. Die Agenturen der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung
VIII. Der Weg zum Ziel
IX. In der siegreichen Revolution wird die Arbeiterklasse folgendes Programm verwirklichen

Statut der KPD/ML

25 Seiten

Bestellungen an:
Verlag Roter Morgen
4600 Dortmund,
Postfach 300526

Zu Lessings 250. Geburtstag

„Vor keinem berühmten Schriftsteller sind wir Deutschen so durchgefallen wie vor Lessing; vor keinem haben wir uns so grauenvoll (und zwar in jedem Sinn des Wortes) blamiert. (...) Und bei keinem ist die Vorstellung, daß wir ihn ‚feiern' dürften, eine größere Anmaßung." — Diese Überlegungen stellte „Die Zeit" anläßlich Lessings 250. Geburtstag an. „Die Zeit" irrt sich jedoch. Sie verwechselt das deutsche Volk mit der deutschen Bourgeoisie.

Lessing lebte im Deutschland des 18. Jahrhunderts. Er war ein unbeugsamer Feind und Kritiker der feudalen Zustände. In seinen Theaterstücken, in seinen philosophischen, theologischen und literaturkritischen Abhandlungen trat er für Gedanken- und Religionsfreiheit, für die humanistischen Ideen der bürgerlichen Aufklärung ein. Er nahm dabei Verfolgung, Schreibverbot, Unterdrückung seiner Theaterstücke und materielle Not auf sich. 1764 schrieb er an seine Eltern: „Ich bin über die Hälfte meines Lebens, und ich wüßte nicht, was mich nötigen könnte, mich auf den kürzeren Rest desselben noch zum Sklaven zu machen."

Die bürgerliche Klasse in Deutschland, der Lessing vorkämpfte, besaß jedoch nicht seinen Mut und seine Konsequenz. Die kapitalistischen Geschäftemacher suchten ihren Vorteil in der Übereinkunft mit den Feudalen. 1848 verriet die Bourgeoisie die bürgerliche Revolution und schloß mit den Fürsten und Königen einen Pakt gegen das werktätige Volk. 1918 jagte nicht die Bourgeoisie, sondern die revolutionäre Arbeiterklasse den letzten deutschen Kaiser davon.

Lessing bekämpfte in seinen Werken die Religion und die religiöse Intoleranz. Die Religion war ein Hauptbollwerk des Feudalismus. Lessing hatte diese Funktion der Religion erkannt. In dem Schauspiel „Nathan der Weise" etwa tritt als besonders finstere Figur der christliche Patriarch von Jerusalem, ein Sinnbild religiöser Intoleranz, auf. Dieser Patriarch jammert darüber, *„wie gefährlich selber für den Staat es ist, / nichts zu glauben. Alle bürgerlichen Bande / sind aufgelöst, sind zerrissen, wenn / der Mensch nichts glauben darf. — Hinweg! Hinweg / mit solchem Frevel!"* — schreit der Patriarch.

Der politische Kampf wird heute nicht mehr in derartigen religiösen Verkleidungen ausgefochten. Die heilige Kuh heißt heute „freiheitlich-demokratische Grundordnung". Aber auch sie duldet keinen andern Gott neben sich. Und wer das nicht glaubt, wer sie zu bezweifeln, zu kritisieren und anzugreifen wagt, der muß mit Überwachung, Berufsverbot, Gummiknüppel und sogar Gefängnisstrafen rechnen. Die Berufsverbote der deutschen Bourgeoisie sind heute in der Welt zu einem ebensolchen Markenzeichen für die politische Unterdrückung geworden, wie es ehemals der Stock des preußischen Absolutismus war. — Übrigens ist der westdeutsche Staat immer noch eng mit den kirchlichen Institutionen liiert. Die Kirche segnet die politischen Zustände ab, und der Staat treibt die Kirchensteuer ein, läßt die Pfaffen übers Fernsehen und in den Schulen die Bevölkerung indoktrinieren.

Als Feind der religiösen und mittelalterlichen Vorurteile war Lessing vor allem auch ein Feind des Antisemitismus. Lessing bekämpfte den Antisemitismus als ein Instrument der Reaktion, das Volk zu spalten und gegeneinander aufzuhetzen. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür ist das schon erwähnte Stück „Nathan der Weise", dessen Hauptfigur der Jude und Kaufmann Nathan ist. Nicht umsonst war „Nathan" das erste Theaterstück, das nach dem letzten Weltkrieg im antifaschistischen Berlin aufgeführt wurde.

Auch in bezug auf den Antisemitismus stehen die deutsche Bourgeoisie und ihre politischen Repräsentanten Lessing konträr gegenüber. Sie haben im Dritten Reich den Antisemitismus bis zum fabrikmäßig betriebenen Massenmord an sechs Millionen Juden betrieben. Jetzt stellt sich die herrschende Klasse als judenfreundlich dar. Doch die Geste ist unecht. Der Antisemitismus ist nicht ausgelöscht. Dazu kommt der Chauvinismus gegen die Türken, die Palästinenser, die Araber usw. Die Kommunisten werden verteufelt. Der Antikommunismus ist hierzulande überhaupt Staatsreligion.

Lessing erlebte den Siebenjährigen Krieg (1757-1763), der weite Gebiete Deutschlands verwüstete und den preußischen Militarismus stärkte. Lessing sah in diesem Krieg — im Gegensatz zu späteren Lobrednern — keine nationale Tat. Er lehnte es ab, sich für die eine oder andere Seite zu engagieren. An einen Freund schrieb er, er habe von der „Liebe des Vaterlands keinen Begriff", denn sie scheine ihm eine „heroische Schwachheit" und der Ruhm eines eifrigen Patrioten sei das letzte, wonach er geize, „des Patrioten nämlich, der mich vergessen lehrt, daß ich ein Weltbürger sein sollte." Der Chauvinismus und der Nationalismus der deutschen Bourgeoisie vor allem des 20. Jahrhunderts und das „Wir sind wieder wer" eines Helmut Schmidt lassen sich mit Lessing nicht rechtfertigen.

Lessing erkannte den volksfeindlichen Charakter des siebenjährigen Krieges; er prangerte die Verwüstungen und Plünderungen, die Zerstörungen zahlloser Existenzen in scharfen Worten an. „Die Dienste der Großen sind gefährlich und lohnen der Mühe, des Zwangs, der Erniedrigung nicht, die sie kosten", läßt Lessing den Major Tellheim, eine Gestalt in dem Stücke „Minna von Barnhelm" sagen.



Lessing

Gotthold Ephraim Lessing wurde vor 250 Jahren am 22. 1. 1729 in Kamenz/Lausitz geboren. Er lebte als Bühnendichter, freier Schriftsteller, Sekretär, Theaterkritiker und Bibliothekar in Leipzig, Berlin, Breslau, Hamburg und Wolfenbüttel. Zu seinen wichtigsten Werken zählen die Bühnenstücke „Miss Sara Sampson", „Minna von Barnhelm", „Emilia Galotti" und „Nathan der Weise" sowie die Schriften „Laokoon", „Hamburgische Dramaturgie" und „Die Erziehung des Menschengeschlechts". Lessing war ein Schriftsteller von welthistorischem Rang. Er starb am 15. 2. 1781 in Braunschweig.

Billige Einzelausgaben der Werke Lessings sind in der Reclam-Reihe erscheinen; eine gut kommentierte Auswahl stellt die fünfbändige Ausgabe des Ostberliner Aufbau-Verlags dar. Aus den Arbeiten über Lessing ist besonders Franz Mehrings „Lessing-Legende" hervorzuheben.

Anders als Lessing bewunderte die deutsche Bourgeoisie schon früh den feudalen Militarismus. Sie förderte, unterstützte und finanzierte ihn; sie trieb ihn, selbst an die Schaltstellen der Macht gekommen, bis zu nie gekannter Höhe; sie entfesselte zwei Weltkriege, die Europa zweimal in ein Trümmer- und Leichenfeld verwandelten.

Lessing war ein Vorläufer der bürgerlichen Umwälzung, aber kein Vorläufer der deutschen Bourgeoisie. Sein ganzes Werk zeigt, wie unüberbrückbar weit sich die Bourgeoisie von der positiven Rolle, die sie in Gestalt ihrer hervorragendsten Vertreter — Lessing zum Beispiel — einst gespielt hat, entfernt hat. Es wirkt nur als ungeheure Anmaßung, wenn ein Bundespräsident Scheel anläßlich Lessings 250. Geburtstag diesen zum Urvater der bundesrepublikanischen Verfassung erklärt.

Die Ideen Lessings leben jedoch in denen fort, die heute für soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen. Sie sind in den Kampf des Proletariats für ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrükkung und Krieg aufgenommen worden.

Erzähl-wettbewerb





Aus dem Leben und dem Kampf der KPD/ML

„Aus dem Leben und dem Kampf der KPD/ML" — so lautete das Motto, unter dem anläßlich des 10. Jahrestags unserer Partei das Politbüro der KPD/ML alle Genossen und Freunde zu einem Erzählwettbewerb aufgerufen hatte. Viele Beiträge dazu sind bei uns eingegangen, in denen einzelne Abschnitte aus der Geschichte unserer Partei gestaltet wurden, in denen die Genossen über ihre Erlebnisse, die großen und kleinen Kämpfe, die sie zusammen mit der Partei geführt haben, berichteten.

Es ist der Jury nicht leicht gefallen, unter all diesen — zum Teil sehr guten — Beiträgen nun die drei besten auszuwählen. Nach längerem Erwägen hat sich die Jury schließlich folgendermaßen entschieden:

Der erste Preis geht an den Genossen Bernd für die Kurzgeschichte „Akkorderhöhung". In dieser Geschichte wird zwar die KPD/ML nicht direkt erwähnt. Aber der Genosse Bernd hat es in hervorragender Weise verstanden darzustellen, wie ein Kommunist in die alltäglichen Kämpfe im Betrieb eingreift. Er hat die Stimmung treffend herausgearbeitet, die an der Auseinandersetzung über die Akkorderhöhung beteiligten Personen lebendig gestaltet und dabei die Überlegenheit der im Kampf zusammengeschlossenen Arbeiter dargestellt. Mit einem Wort — eine wirklich gute revolutionäre Kurzgeschichte. Der Genosse Bernd bekommt als Preis einen Kassettenrecorder. Wir hoffen, daß er weiter als roter Erzähler und Reporter tätig ist und den Recorder dafür als Arbeitswerkzeug gebrauchen kann.

Den zweiten Preis — eine vierbändige Werksausgabe des proletarischen Schriftstellers Maxim Gorki — bekommt der Genosse Jochen aus Hamburg für seine Reportage „Nein zu 6,4 Prozent!". Er hat aus der Sicht eines Flugblattverteilers über das Eingreifen der Partei in den Hafenarbeiterstreik berichtet und an diesem Beispiel den Einsatz der ganzen Partei von den Betriebsgenossen bis zu den Flugblattverteilern für einen Kampf der Arbeiterklasse dargestellt.

Der dritte Preis — ein Bildband über die „A.I.Z." — geht an den Genossen Henrich für seine Geschichte „Der III. Parteitag — aus anderer Sicht". Dieser Beitrag ist sozusagen ein Blick hinter die Kulissen. Er schildert in lebendiger und witziger Form die Anstrengungen der Ludwigshafener Genossen für die Durchführung der Großveranstaltung zum III. Parteitag und die Wirkung dieser Veranstaltung auf die verschiedensten Menschen, die hier zum ersten Mal mit der Partei in Berührung kamen.

Allen drei Genossen unsere herzlichen Glückwünsche. Allen anderen Teilnehmern am Wettbewerb danken wir für ihre Beiträge. Sie werden als Anerkennung den Bildband „Zehn Jahre Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland" bekommen. In den nächsten Ausgaben des „Roten Morgens" werden wir auch noch andere Beiträge aus dem Wettbewerb veröffentlichen. Und vielleicht fühlt sich dadurch ja noch der eine oder andere Genosse angeregt, auch seine Erlebnisse einmal aufzuschreiben. Auch ohne Wettbewerb — eure Erzählungen, Berichte oder Reportagen sind uns jederzeit willkommen.

1. Preis
Akkorderhöhung

Hartmann ist es nicht wohl in seiner Haut. Ist er normalerweise schon nervös vor Schichtbeginn, so ist es heute kaum noch zum Aushalten. Noch hektischer rennt er umher als sonst: „Du machst heute dies... Du das..." usw. Er funkelt die Arbeiter mißtrauisch an, besonders die jüngeren, rebellischen, denn sein krankhaft mißtrauischer Charakter wittert schon in den harmlosesten Gesten Auflehnung. Überall spürt er Hohn gegen sich. Doch heute verschießt er seine Giftblicke mehr aus Gewohnheit. Er hat nämlich Angst. Die neue Maschine macht ihm großes Kopfzerbrechen.

Es ist eine neue Meßmaschine für Höhen- und Seitenausschlag von Autoreifen. Neu daran ist, daß die Reifen nun über Transportbänder auf die Maschine laufen und nicht mehr, wie bisher, von einem Arbeiter einzeln darauf gelegt werden. Mit der eigentlichen Meßmaschine kombiniert ist nun noch die Kontrolle mit Druckluft, und die Sichtkontrolle der gemessenen Reifen schließt sich an. Bisher wurde das alles in drei getrennten Arbeitsgängen gemacht.

Wie bei jeder technischen Neuerung geht es dabei natürlich darum, noch mehr aus den Arbeitern herauszuholen. Die Druckkontrolleure sollen nun mehr machen, da sie die kontrollierten Reifen ja nicht mehr zu pallettieren brauchen. Und die Sichtkontrolleure, die die Reifen pallettieren und für den Versand beschriften müssen, sind nun vom Band abhängig, das gleichmäßig schnell läuft. Sie haben jetzt bereits fast die doppelte Stückzahl zu machen wie früher.

Aber das ist den Herren noch nicht genug! Die schlauen Ingenieure haben nämlich errechnet, daß die Meßmaschine 1.800 Reifen pro Schicht bewältigen kann — wenn sie ohne Pause läuft. Nun ist sie aber schon seit Wochen in Betrieb, und mit den 1.800 Reifen wird es nichts. Die Arbeiter lassen sich nämlich Zeit.

Das war es, was Meister und Ingenieur unserem Hartmann eben auseinandergesetzt haben. Und daß der Akkord sich auf alle Fälle erhöhen würde. Warum denn dann kein Zeitnehmer erschiene, hatte Hartmann wissen wollen. Und er hatte prompt die Antwort bekommen: Erst einmal sollen die Arbeiter richtig angetrieben werden, damit gleich eine möglichst hohe Stückzahl gemacht wird. Dazu hatte man nun schon alles versucht: Kollegen aus anderen Abteilungen geholt, die die alten Akkordstückzahlen nicht kannten, und sogar einen Türken hatte man aufgetrieben, der so gut wie kein Deutsch verstand. Über Dolmetscher hatte man ihn schamlos belogen, er solle so viele Reifen kontrollieren wie er nur immer kann, dann würde er viel Geld verdienen. Es hat alles nichts genützt.

Die Arbeiter halten an ihren alten Stückzahlen fest und erklären: „Erst muß die Arbeit neu aufgenommen werden. Wir arbeiten nicht umsonst." Dahinter steckt organisierter Widerstand, und der müsse gebrochen werden, hatte der Meister seinem Untergebenen Hartmann eben vor Schichtbeginn gesagt. Und wie? Die Arbeiter machen seit Jahren aus Gewohnheit bereits 20 bis 25 Minuten vor Schichtwechsel Feierabend. Das soll nun abgestellt werden, und er, Hartmann, hat das in seiner Nachtschicht durchzusetzen.

Hartmann ist ein Schichtmeister der Abteilung. An und für sich ist er ein armes Schwein. In der betrieblichen Hierarchie steht er ganz unten — einer der Unteroffiziere des Kapitals, die nach unten treten und nach oben einen Buckel machen. Manche fühlen sich in dieser Position wohl und verstehen es, eine ruhige Kugel dabei zu schieben. Er aber hat überhaupt nicht den Charakter dazu. Krankhaft geltungssüchtig, soll bei ihm immer alles besser klappen, als bei den anderen Schichtmeistern. Dabei weiß er doch, daß er genauso Druck bekommt wie alle anderen, wenn mal wieder etwas daneben gegangen ist. In solchen Momenten ist er dann geknickt wie ein Konfirmant, den der Pfarrer beim Lügen erwischt hat, und nimmt sich vor, nur ja keinen Fehler mehr zu machen und doppelt „auf Zack zu sein", wie sein Lieblingsausdruck lautet.

Als er nun, den Kopf noch ganz voll von dem Gespräch mit Meister und Ingenieur, um die neue Maschine herumrennt, da verdüstert sich der Blick in seinem aufgeschwemmten Gesicht plötzlich noch mehr. Der Grund kommt eben ganz gemächlich in Gestalt eines jüngeren Arbeiters in die Halle gelaufen.

* * *

Karl geht langsam an seinen Arbeitsplatz an der neuen Maschine. Als er Hartmanns bösen Blick sieht, muß er unwillkürlich lachen. Er grüßt die Kollegen, an denen er vorbeigeht, lächelt ihnen zu, und sie lächeln zurück. Er hat mit den meisten ein gutes, oft sogar herzliches Verhältnis. Dabei wissen sie natürlich, daß er ein „Roter" ist, der mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg hält. Aber die Kollegen respektieren seine Meinung, weil er sie ruhig und sachlich äußert und keine Phrasen drischt. Und obendrein ist er freundlich und hilfsbereit und jederzeit zu einem Scherz aufgelegt, besonders, wenn er sich gegen die Vorgesetzten richtet. Auch hat er mehrmals gezeigt, daß er keine Angst hat. Einmal hatte Hartmann versucht, ihn anzuschreien, weil er, nach dessen Meinung, zu lange Pause machte. Karl lächelte, stand auf und ging, vorbei an dem tobenden Schichtmeister, nach draußen, um frische Luft zu schnappen, wie er sagte. Dabei spuckte er noch herzhaft aus — alles, ohne sein Lächeln aufzugeben.

Heute abend muß auch er an die neue Maschine denken, mit einem etwas unguten Gefühl. Der besonders böse Blick Harmanns bestärkt ihn darin, daß irgendetwas in der Luft liegt. Bisher haben die Kollegen alle zusammengehalten und sich nicht antreiben lassen. Alle Spaltungsmanöver haben sie vereitelt, zuletzt das mit dem türkischen Kollegen. Sie hatten also ihren Zusammenschluß er-

Fortsetzung auf Seite 14


Mörderischer Akkord: 0 bis 0,20 Minuten: Rad fassen


0,20 bis 0,40 Minuten: Rad schleppen


0,40 bis 0,60 Minuten: einpassen


0,60 bis 0,83 Minuten: Muttern aufdrehen. Nach 0,83 Minuten beginnt ein neuer Takt.

Bilder von Ford / Köln

Akkorderhöhung

Fortsetzung von Seite 13

folgreich verteidigt. Aber Karl weiß, und das sagte er auch schon den anderen, daß „die da oben" sich nicht zufrieden geben würden. Und er fragt sich, ob dann die Kollegen auch noch standhalten, wenn die erst einmal zum Angriff übergehen.

Karl kommt an der Maschine an. Heinz ist schon da. „Na, alles klar?" „Ja, ja." Sie beginnen zu überprüfen, ob an den Druckkontrollmaschinen, von denen aus die Reifen auf die Bänder geworfen werden, alles richtig eingestellt ist usw.

„Guten Abend, Kamerad", Karl erhält einen leichten Schlag auf die Schulter. Es ist der türkische Kollege. „Hallo, Mehmet." Doch da kommt Hartmann auch schon um die Kurve und baut sich vor den dreien auf: „Damit ihr gleich Bescheid wißt — morgen früh wird gearbeitet bis fünf Uhr. Wenn ihr wieder früher Feierabend macht, passiert was!" „Na, was denn?" fragt Karl. Aber er bekommt keine Antwort, Hartmann rennt schon wieder weiter. So sieht das also aus, denkt Karl, das ist also der nächste Versuch. Sein Blick trifft sich mit dem von Heinz, und er sieht, daß sie beide den gleichen Gedanken hatten. Inzwischen sind auch die beiden von der Sichtkontrolle eingetroffen. Jetzt wird kurz beraten, was zu tun ist. „Ist doch klar, daß wir wie bisher Feierabend machen! Oder?" fragt Karl. „Na, da wird der Hartmann aber wieder schön toben", sagt einer. „Toben?" meint Heinz, „einen Meter zwanzig aus dem Stand in die Luft springt der."

Sie lachen. „Das ist das wenigste!" sagt nun einer von der Sichtkontrolle. „Aber so einfach ist die Sache diesmal nicht. Wenn wir früher aufhören, dann ist das ja nicht unser Recht. Die können uns da einen Strick draus drehen — Arbeitsverweigerung oder sowas."

„Aber uns alle entlassen können sie nicht, wenn wir nur zusammenhalten."

Kaum hat Karl seinen Satz beendet, da kommt auch schon wieder Hartmann mit Riesenschritten, so daß sein fetter Bauch lächerlich hin und her wackelt. „Ihr wollt wohl heute überhaupt nichts tun?"

Die Kollegen packt die Wut. Hartmann bekommt zu hören, daß er sich um seinen eigenen Dreck kümmern soll. Und daß sie immer noch zehnmal so viel arbeiten wie er, und noch einiges andere. Aber schließlich gehen sie doch brummig und lustlos an ihre Arbeit.

***

Karl schaut auf die Uhr. Viertel nach vier. Bald Feierabend. Bald wird es also losgehen.

Natürlich hatten die Kollegen während der Schicht weiterdiskutiert. Karl hat in der Pause den Maschinenführer gefragt, wie es bei der Spätschicht ausgesehen hatte (der sieht ja immer den Maschinenführer der Spätschicht vor Schichtbeginn). Der hat berichtet, daß die Kollegen von der Spätschicht auch durcharbeiten sollten und sich geweigert haben. Na also! Karl hat das sofort den anderen erzählt, und sie haben beschlossen, sich zu weigern wie die Spätschicht. „Aber dann müssen wir dafür sorgen, daß auch die Frühschicht sich weigert", sagte Heinz, und es wurde beschlossen, daß Heinz und Karl wenigstens einen von der Frühschicht abpassen und mit ihnen reden sollen.

Nach der zweiten Pause, um halb drei Uhr, war es dann zum ersten Zusammenstoß mit Hartmann gekommen. Die ganze Nacht war er um sie herumgeschlichen, um ihre Gespräche zu belauschen. Natürlich ist er dabei, in seiner gewohnten Art, immer ausgewichen, denn er hat Angst vor ihrem Spott, dem er sich nicht gewachsen fühlt. Nun nach der Pause arbeiteten sie gewohnheitsmäßig schon etwas langsamer, gingen öfters mal rauchen usw. Das hatte dem Herrn Schichtführer natürlich nicht gepaßt (es paßt ihm nie, aber heute stand er ja unter Erfolgszwang). Er brüllte die „faulen" Arbeiter also an, ob sie schon Feierabend hätten. Das erste Mal wurde er ausgelacht, das zweite Mal auch noch. Aber beim dritten Mal war etwas Unvorhergesehenes passiert. Heinz war einfach explodiert: „Halt endlich die Schnauze und scher dich zum Teufel!" Wütend hat er Hartmann einen Reifen vor die Füße geworfen. „Brüll daheim bei deiner Alten, wenn du da darfst." Und noch einige böse Worte in dem Stil mußte Hartmann sich anhören. Dabei war er vor Wut ganz weiß geworden, und man sah, daß es ihn die größte Kraftanstrengung kostete, sich zu beherrschen. Er sagte mit zitternder Stimme etwas vom längeren Hebel, an dem er sitze usw. Doch als sie dann alle von ihren Maschinen kamen, hat er den Schwanz eingezogen und ist weggerannt.

„Mensch, Heinz, du mußt besser aufpassen, was du sagst."

„Also, wir haben nichts gehört. Soll er sich doch beschweren, der Drecksack."

Für den Rest der Nacht haben sie dann endlich Ruhe gehabt.

Karl schaut wieder auf die Uhr. Halb fünf. Er schaut hinüber zu Heinz und Mehmet. Sie lachen ihn an. Mehmet hebt die linke Hand und zeigt fünf Finger. Sie nicken, sie haben verstanden. In fünf Minuten fällt der Hammer! Karl weiß, daß Hartmann irgendwo in der Ecke steht und lauert. Was wird er tun? Egal. Die Minuten vergehn so langsam wie Stunden.

Endlich ist es soweit. Karl schmeißt den letzten Reifen aufs Band und stellt seine Maschine ab. Dann geht er zu Heinz, der auch gerade abstellt. Mehmet hat noch einen Reifen auf der Maschine — den letzten. Die paar Reifen werden bald durch die Maschine gelaufen sein, und die Sichtkontrolle hat auch Feierabend.

„Mal sehen, was er jetzt macht", meint Heinz. „Hartmann? Schätze, der bleibt schön manierlich heute morgen. Wenn wir alle zusammenhalten, sind solche Kerle doch machtlos."

Und da kommt er schon. Man sieht ihm an, daß er wütend ist. Aber man sieht noch etwas in seinem gelben, aufgedunsenen Gesicht: er ist ratlos. Hier steht ihm kein Einzelner gegenüber, sondern sechs Mann, die sich einig sind, und da weiß er nicht mehr, was er machen soll. „Ich habe euch doch gesagt, daß heute bis um fünf Uhr gearbeitet wird." „Und wir", sagt Karl, „haben schon oft genug gesagt, daß wir nicht umsonst arbeiten." Karl ist klar, daß er der Wortführer sein muß. Alle warten darauf, daß er jetzt spricht.

„Das werde ich dem Meister melden", sagt Hartmann, allmählich grün geworden vor Wut. Natürlich dieser verdammte Rote, denkt er.

„Na, dann hol ihn doch her, deinen Meister", sagt Karl.

Hartmann würde am liebsten zuschlagen. Aber dem verächtlichen Blick von Karl entnimmt er gerade noch, daß der auf sowas nur wartet.

Auch die anderen halten für einen Augenblick den Atem an. Dann unternimmt Hartmann den letzten verzweifelten Versuch: „Ihr wollt wohl eine Extrawurst gebraten haben? Die Spätschicht hat auch durchgearbeitet."

„Lüge!"

Jetzt ist es aus. Mit einem „Wir sprechen uns noch" rennt er davon. Die Spannung löst sich in Gelächter und Witzeleien.

„Eins zu Null für uns!"

Endlich ist es fünf Uhr. Sie packen ihre Sachen zusammen und gehen. Karl und Heinz gehen gemeinsam. Sie passen einen Kollegen von der Frühschicht ab. Sie erzählen ihm alles, auch, daß die Spätschicht sich ebenfalls geweigert hatte.

„Macht uns jetzt bloß keine Schande."

„Nur keine Angst. Was ihr könnt, können wir auch!"

Karl hat gute Laune heute morgen, trotz der bleiernen Müdigkeit. Es ist schon ein schöner und wichtiger Erfolg, daß wir alle endlich mal zusammengehalten haben, denkt er. Diese Erfahrung wird bleiben, auch wenn die Akkorderhöhung doch noch durchgedrückt wird.

---

2. Preis

Nein zu 6,4 Prozent!



Szenen vom Hafenarbeiterstreik: Ein Peterwagen versucht, einen Streikbrecher einzuschleusen.


Die Kollegen versperren dem Streikbrecher den Weg


Ein ÖTV-Bonze versucht, die Streikposten abzudrängen.

Die letzte Woche des Januar 1978 ist angebrochen. Seit Mittwoch, den 25. Januar liegt der Hamburger Hafen still, die Hafenarbeiter streiken. 97 Prozent hatten in einer Urabstimmung gegen das Schlichtungsergebnis von 5,8 Prozent für ihre Lohnforderung von 9 Prozent gestimmt. Für die ÖTV gab es jetzt kein Zurück mehr; 97 Prozent für Streik, so etwas hatte es in den deutschen Häfen noch nie gegeben.

Und die Kampffront der Hafenarbeiter steht, Streikbrecher haben keine Chance, dafür hatten die Kollegen selbst gesorgt, nicht ihre Gewerkschaft. Auch die Genossen der Partei, Verteiler, Drucker, Agitatoren sind in ununterbrochenem Einsatz: Flugblätter in die Hafenbetriebe und die Kaffeeklappen (Kantinen) bringen, vor den Streiklokalen und dem Gewerkschaftshaus die RGO-Materialien verteilen, nachts für die Streikposten Kaffee und Suppe ausfahren usw. Die Aufgaben waren kaum zu schaffen, aber die Stimmung der meisten daran beteiligten Genossen war bombig. „Endlich ist mal was los", „Endlich mal ein richtiger Streik". Und manch ein Genosse sagte: „Her mit den Zetteln! Und was soll ich machen, wenn ich die los bin?"

Dann kam Sonnabend, das hieß zwei Tage Pause. Seit 13 Uhr waren die Streiklokale dicht, die Streikposten in Notbesetzung, die Masse der Hafenarbeiter war nicht mehr zu erreichen. Die Genossen diskutierten: „Wie wird es Montag weitergehen, läßt sich der Streik über das Wochenende halten?..."

Plötzlich hörten sie es aus den Nachrichten, einfach unglaublich: Die ÖTV hat still und heimlich mit 7 Prozent abgeschlossen. So eine üble Schweinerei, gegen den erklärten Willen, hinter dem Rücken der Kollegen! Ganz klar, das ist Verrat, offener Streikbruch durch die ÖTV-Führung!

Inzwischen hämmert es pausenlos aus Radio und Fernsehen auf die Kollegen und die ganze Hamburger Bevölkerung, die auf den Hafenarbeiterstreik blickt, ein: „Mehr ist nicht drin." Die Gewerkschaftsbosse geben Interviews: „Großartiger Erfolg der ÖTV." Großsprecherisch heißt es am Sonntag um 8 Uhr in der Tagesschau: „Die Zustimmung der Hafenarbeiter bei der Urabstimmung am Montag ist so gut wie sicher" und: „Am Montag morgen werden die Hafenarbeiter ihre Arbeit sofort wieder aufnehmen, denn in der Elbmündung warten schließlich viele Schiffe auf ihre Abfertigung."

Was war zu tun? Montag früh Urabstimmung, kaum noch vorher Kollegen zu erreichen. Raffinierte Streikbruchtaktik der ÖTV. Doch auch die Hafenparteizelle war nicht tatenlos. Den ganzen Sonntag über wurde beratschlagt, die Genossen besuchten einige Kollegen, besprachen die Lage, planten den Gegenschlag.

Dann, am Sonntagabend, klingeln bei den Genossen die Telefone: „Genossen, ihr müßt morgen früh wieder verteilen; unbedingt pünktlich da sein; Urabstimmung, jeder Kollege muß erreicht werden." Am Montag morgen viertel vor sechs stehen wir zu dritt vor den Toren am Burchardkai. Die Kollegen kommen uns schon mit verschiedenen Flugblättern in der Hand entgegen. Schreiben der ÖTV: „Sehr gutes Ergebnis, stimmt für den 7-Prozent-Abschluß"; von der DKP-Hafengruppe: „Ergebnis sehr befriedigend, dank der umsichtigen Taktik der Gewerkschaft; jetzt geschlossen mit Ja stimmen"; und vom KBW: „Kollegen, wir wissen auch nicht, was wir zu den 7 Prozent sagen sollen, daran ist was Gutes, aber auch was Schlechtes; wie immer ihr aber stimmt, unsere Unterstützung habt ihr."

Nur wir, der „Rote Handhaken" der KPD/ML, stehen da mit der fetten Balkenüberschrift: „NEIN ZU 6,4 %!"

Von den Kollegen, die jetzt angeströmt kommen, nimmt fast jeder ein Flugblatt: „Moin, na, wat seggt Kuddl denn zu die 7 Prozent?" (Kuddl ist unser RGO-Genosse am Burchardkai, der später auch als RGO-Betriebsrat gewählt wurde.) „Wieso 6,4, ich denke, 7 Prozent ist der Abschluß?" „Ja, siehste, Kollege", erklären wir, „das ist gerade der Beschiß. 7 Prozent für elf Monate, ohne den Januar; mit dem Januar auf's Jahr umgerechnet sind es aber nur 6,4 Prozent." „Dascha ne Schweinerei, dortau segg ick nee." So ging es weiter, Kollege für Kollege. Doch viele sagten auch von vornherein: „So ein Verrat, für 9 Prozent haben wir gestreikt, nicht für 7 oder noch weniger! Nein zu 6,4 Prozent, jawohl, das is richtig."

Kurz vor sieben sind wir schließlich im Auto auf der Rückfahrt. „Donnerwetter, das Flugblatt schlug aber wie ne Bombe ein", „Hat den Nagel auf den Kopf getroffen, genau wie die Kollegen denken", unterhalten wir uns. „Na, mach mal das Radio an, mal sehn, ob die was über den Streik bringen, da fuhr doch auch so'n grüner Übertragungswagen vom NDR durchs Tor."

Wir sind gerade mitten auf der Köhlbrandbrücke, hoch über der Elbe, da hören wir aus dem Autoradio: „Aus aktuellem Anlaß berichten wir jetzt von der Urabstimmung der Hafenarbeiter. Unser Kollege Kurt Grobecker befindet sich mit seinem Übertragungswagen direkt bei den Wahlurnen am Burchardkai. Herr Grobecker, können Sie uns hören? ,Jawohl, sehr gut, und die Kollegen kommen gerade aus den Umkleideräumen und gehen schnell zu den Wahlurnen, damit sie pünktlich mit der Arbeit anfangen können. Die Schiffe, die gestern abend noch in der Elbmündung lagen, sind über Nacht hereingekommen, sie sind schon vertäut und warten auf ihre Abfertigung. Nach dem Streik wird der Hamburger Hafen seinem Ruf als einer der schnellsten Häfen der Welt bestimmt wieder alle Ehre einle-



Die Kollegen geben nicht bei. Der Streikbrecherwagen muß zurückfahren.



Erster Streiktag: Zwei Kollegen vom HHLA-Container-Terminal tragen diese Parole zum Gewerkschaftshaus.